

## Auch das Erfolgsmodell Landesgartenschau muss sparen



Gartenpflege kostet Zeit und Geld — die Freude an Wachstum, Form und Farben der Natur hat ihren Preis, ob es sich nun um die Anpflanzungen einer Landesgartenschau handelt oder um die kunstvoll angelegten Rabatten und Beete des Gartens von Schloss Augustusburg (ein Bericht über das Rokoko-Juwel auf Seite 13).  
Foto: Schälte

*Allein aus finanziellen Gründen ist die Entscheidung gegen die Landesgartenschau 2004 im Kreis Steinfurt gefallen. Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) in der Fragestunde des Landtags auf die Mündliche Anfrage des CDU-Abgeordneten Eckhard Uhlenberg: Das Umweltministerium kommt wie andere Ressorts um einen Beitrag zu den erforderlichen massiven Einsparungen im Landeshaushalt nicht herum.*

Damit, so der Fragesteller Uhlenberg, sei NRW das einzige Land ohne Landesgartenschauen. Ein vergleichsweise ebenso finanzschwaches Bundesland wie Niedersachsen erhöhe sogar seine Zuschüsse für diesen Zweck. Ministerpräsident Clement verteidigte die Entscheidung gegen die Landesgartenschauen 2004, 2006 und 2007 (die Gartenschau 2005 in Leverkusen wird es geben). Aber er schließe nicht aus, „dass wir irgendwann zu Landesgartenschauen zurückkehren können“. Die Landesgartenschauen in NRW seien ein Erfolgsmodell, betonte die Umweltministerin. Sie schätze deren Bedeutung und den Nutzen für die Kommunen, für den Gartenbau und die Bürgerinnen und Bürger sehr hoch ein. Das Thema werde aus guten Gründen „nicht für immer zu den Akten gelegt“. Allerdings sei über ein langfristig tragfähiges und finanzierbares Konzept nachzudenken.

## Die Woche im Landtag

### Betreuungsrecht Seite 3

Im Landtag ist angesichts der wachsenden Zahl von Betreuungen der Ruf nach einer Reform des Betreuungsrechts laut geworden.

### Wirtschaft Seite 4

Die Wirtschaftslage in NRW beurteilten angesichts der Rekordzahl von Konkursen Opposition und Koalition unterschiedlich.

### Lkw-Transporte Seite 8

Das mittelständische Transportgewerbe befürchtet seinen Ruin wegen Lkw-Maut und EU-Osterweiterung.

### Landesmediengesetz Seite 11

Im Medienausschuss ist der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf für ein Landesmediengesetz erörtert worden.

## Wort und Widerwort:

### Ist angesichts der PISA-Studie eine Verlängerung der Grundschulzeit sinnvoll?

Die Ergebnisse der PISA-Studie haben die Debatte über Leistungen und Defizite des deutschen Bildungssystems auf breiter Basis entfacht. Politiker, Experten, Eltern und Lehrer fragen: Was muss an welcher Stelle geändert werden? Verbesserungen — das ist einhellige Meinung — sollten möglichst früh, im Vorschul- und Grundschulbereich, wirksam werden. Denn hier werden die Weichen für die Zukunft gestellt. Ob eine Verlängerung der Grundschule auf diesem Weg das richtige Mittel ist, der Frage sind die Landtagsfraktionen nachgegangen.

(Seite 2)

**Von Manfred Degen (SPD)**

Die Ergebnisse der PISA-Studie müssten auch jedem bei uns klarmachen, dass das nur in Deutschland, Österreich und Teilen der Schweiz bestehende hochselektive System einer durchgehend integrierten Schulform unterlegen ist. Von daher müsste die Grundschule „als Schule für alle Kinder“ bis zum 10. Schuljahr verlängert werden. Das ist aber nur in einem gesellschaftlichen Konsens aller Bundesländer und Parteien möglich, wie es vor Jahren die jetzt so erfolgreichen skandinavischen Länder vollzogen haben.



Vorrangig hat die SPD-Landtags-Fraktion sich für den Ausbau der Betreuungsangebote außerhalb der Schulzeit entschieden. Abgesehen von der politischen Realisierbarkeit und unter Berücksichtigung der zunehmenden Anforderungen an die Grundschule, stellt sich heute eher die Frage der schrittweisen Einführung der Ganztagsgrundschule. Zusammen mit der Erweiterung des Bildungsauftrags für die Kindergärten ist die Einführung der Ganztagsgrundschule die wichtigste Maßnahme, um sich auch in Deutschland europäischen Standards anzunähern.

Wenn es uns nicht gelingt, insgesamt in Deutschland wenigstens diese beiden Schritte zu vollziehen und das Prinzip der Auslese durch verstärkte Anstrengungen bei der Förderung zu ersetzen, haben wir die Chance, die uns die negativen Ergebnisse der PISA-Studie politisch bietet, endgültig verspielt.

**Von Bernhard Recker (CDU)**

Die Ergebnisse der PISA-Studie machen viele Maßnahmen notwendig, vor allem, wenn man den internationalen Vergleich betrachtet. Eine Verlängerung der Grundschulzeit ist kein Rezept gegen Bildungsnotstand. Ausschlaggebend ist nicht die Dauer, sondern der während der Schulzeit vermittelte Inhalt. Das bestätigt auch eine Studie des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung. Beim Vergleich von 10 Bundesländern wurde nachgewiesen, dass die Gymnasiasten in Bremen und Berlin mit 6-jähriger ihren Mitschülern mit 4-jähriger Grundschulzeit unterlegen waren und die Rückstände bis Klasse 7 nur teilweise ausgeglichen werden konnten.



Wir müssen nach PISA den Begriff der Leistung auch in den Grundschulen stärken. Wir müssen weg von der „Kuschelpädagogik“. Schule soll Spaß machen, aber sie muss bei Kindern auch die Bereitschaft zu Anstrengung und Leistung einfordern. Hierfür sind qualifizierte Lehrkräfte von Nöten. Das ist aber mit Rot-Grün nicht zu machen. Statt neues Personal einzustellen, streicht die Landesregierung weiterhin Stellen, auch im Grundschulbereich.

PISA lehrt uns, dass wir den gesamten Elementarbereich und den Primarbereich vollkommen neu überdenken müssen. Statt über frühere Einschulung zu debattieren und die Grundschulzeit zu verlängern, sollten wir Bildung und Erziehung vom Kindergarten über die Grundschule hin zu den weiterführenden Schulen ausbauen und endlich den so dringend notwendigen Paradigmenwechsel im Bildungssystem durchführen. Wir dürfen nicht mehr nur den Kopf des Bildungssystems, die Oberstufe, im Blick haben, sondern wir müssen das Fundament gut und solide legen. Wir wollen keinen verkappten Einstieg in die KOOP- oder Gesamtschule.

**Ist angesichts der PISA-Studie eine Verlängerung der Grundschulzeit sinnvoll?**

**Von Ralf Witzel (FDP)**

Die wesentliche Schlussfolgerung, die nun aus der PISA-Studie zu ziehen ist, lautet: Wir brauchen eine Qualitätsoffensive für unser Bildungswesen, die eine neue Leistungskultur bei allen Beteiligten im Schulwesen weckt. Schüler müssen frühstmöglich individuell gefördert werden, um ihre Fähigkeiten und Potenziale bestmöglich zu entwickeln.



Eine Verlängerung der Verweildauer in der Grundschule, die schulorganisatorisch eine Art Gesamtschule aller noch so heterogener Schülerprofile darstellt, bewirkt genau das Gegenteil: Neigungen und Begabungen würden nicht differenziert gefördert, sondern einer fortgesetzten Nivellierung unterworfen. Die PISA-Wissenschaftler haben einen deutlichen Appell für eine bildungspolitische Qualitätssteigerung geäußert und bislang keine Schulstrukturfragen thematisiert. Aussagen über die Leistungsfähigkeit differenzierter versus nivellierender Schulsysteme liefert erst die nach Bundesländern getrennte Sonderauswertung im Sommer, deren Ergebnisse mit Spannung erwartet werden dürfen. Eine verlängerte Grundschulzeit ist weder pädagogisch angeraten, noch würde sie von der Elternakzeptanz getragen. Hinzu kämen kostspielige Ausgaben für den Umbau schulischer Einrichtungen, die sinnvollerweise lieber für kleinere Klassen und bildungspolitische Qualitätsverbesserungen investiert werden sollten.

PISA legt andere Konsequenzen nahe: Um Schüler zugleich besser zu fördern wie zu fordern, ist eine Verbesserung der Unterrichtsbedingungen mit kleineren Klassen durch Lehrerneueinstellungen, die regelmäßige Evaluation des Leistungsstandes, die Stärkung von Kernkompetenzfächern bei Rücknahme von Abwahlmöglichkeiten sowie eine Verbesserung von Disziplin und schulischer Anstrengungsbereitschaft durch Ausweitung von Benotungsregelungen auch auf Sekundärtugenden unverzichtbar.

**Von Sylvia Löhrmann (GRÜNE)**

Ja! Auch wenn es keinen monokausalen Zusammenhang gibt, so fällt doch Folgendes auf: Alle Gewinnerländer der PISA-Studie haben integrative Schulsysteme bis mindestens zum achten Schuljahr. Je länger Kinder und Jugendliche also gemeinsam in eine Schule gehen, desto erfolgreicher sind sie, und zwar sowohl leistungsstärkere als auch leistungsschwächere.



Umgekehrt bedeutet das: Eine frühe Aufteilung der Kinder auf Haupt-, Real-, Gesamtschulen und Gymnasien behindert den Lernerfolg. Schulsysteme wie das unsere sind leistungsfeindlich, und sie bedingen im hohen Maße soziale Selektion. In Deutschland wird viel Geld, Zeit und Mühe von Lehrkräften und Kindern und Eltern darauf verwendet, Kinder zu bewerten, zu benoten, sitzen zu lassen, von Schulen zu weisen, kurz: sie zu sortieren. Dahinter steckt die Illusion, es ließe sich in homogenen Lerngruppen besser lernen. Das stimmt aber nicht, wie PISA zeigt.

Schon wenn drei Kinder zusammen lernen, handelt es sich um eine heterogene Lerngruppe. Denn Kinder sind genauso verschieden wie Erwachsene. Sie lassen sich nicht über einen Kamm scheren. Sie wollen als Individuen mit Stärken und Schwächen behandelt werden, auch von der Schule.

Wir GRÜNEN befürworten deshalb jede Veränderung unseres Schulsystems, die Kinder und Jugendliche länger gemeinsam in heterogenen Lerngruppen lässt, Schülerinnen und Schüler individueller fördert. Eine Verlängerung der Grundschulzeit ist ein Schritt in diese Richtung. Und wir wollen individuelle, frühzeitig ansetzende Förderung, um bessere Leistungen zu erzielen. Dazu schlagen wir eine flexible Eingangsphase vor, in der alle Kinder in jahrgangsübergreifenden Gruppen die Zeit bekommen, die sie individuell brauchen.

Denn im Gegensatz zu FDP und CDU, die noch mehr Selektion wollen, haben wir GRÜNE aus der PISA-Studie tatsächlich gelernt: Fördern statt aussortieren lautet das Gebot der Stunde.

# Das Rad soll von der Betreuung nicht mehr zur „Entmündigung“ zurückgedreht werden



Körfges (SPD)

*Im Dialog mit den Betroffenen und außerhalb politischen Streits soll in Parlament und Regierung darüber nachgedacht werden, wie das seit zehn Jahren bestehende Betreuungsrecht weiter entwickelt werden kann. Ziele sind dabei, die Rolle der Betroffenen zu stärken und ein Übermaß an Betreuung zu vermeiden, die das Selbstbestimmungsrecht einschränkt und zu steigenden Kosten führt. Das Problem wurde auf Antrag der SPD-Fraktion unter dem Thema „Qualitätsverbesserung und Effizienzsteigerung des Betreuungsrechts“ am 24. April von den Landtagsabgeordneten im Rahmen einer Aktuellen Stunde debattiert.*



Biesenbach (CDU)

**Hans-Willi Körfges** (SPD) bedauerte, die als „Jahrhundertwerk“ gefeierte Änderung des Betreuungsrechts vor einem Jahrzehnt stelle sich in der Realität völlig anders dar: Es gebe alltägliche Probleme im Umgang mit Betreuungen, viele Menschen empfänden die als Hilfe gemeinte Betreuung als Beeinflussung und Beeinträchtigung ihrer Person. Damit sei das Ziel der Reform verfehlt worden, die verhindern sollte, dass Menschen aufgrund partieller Behinderung ihr Recht auf Selbstbestimmung weitgehend verlieren. In einem breiten Diskussionsprozess sollte überlegt werden, wie das System effizienter zu gestalten ist und die Betroffenen auch tatsächlich in den Mittelpunkt gestellt werden können. Der Abgeordnete vergaß nicht die finanziellen Aspekte: Die Kostensteigerung für Betreuung belaufe sich für die letzten zehn Jahre auf 7 500 Prozent – Körfges sah dies als Hinweis auf die „Überdüngung bürokratischer Biotope“. Über Betreuungen solle nicht generell der Stab gebrochen werden, nur dürften sie nicht der Regelfall sein: Es gebe Alternativen.



Orth (FDP)

**Peter Biesenbach** (CDU) zweifelte, ob es wirklich ein „teilweise falsches Verständnis von rechtlicher Betreuung“ sei, die die Zahl der Fälle anwachsen lasse. Für ihn sei neu, dass es nach dem Verständnis des Justizministeriums es bisher „notwendige und wirklich notwendige“ Betreuungsfälle gebe. Biesenbach: „Das Gesetz macht diesen Unterschied nicht. In Not gekommen sind allenfalls die Justizminister.“ Die Kosten für Aufwandsentschädigungen und Vergütungen der hauptamtlichen Betreuer – sie machten ein Viertel der Betreuungsfälle aus – seien tatsächlich explodiert. Aber das Reden über Kosten sei kein glücklicher Einstieg in die Debatte, fand er, denn nicht die Zahl der Betreuungen sei zu mindern, „sondern es ist darüber nachzudenken, wie wir die ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuer dazu bringen können, ein wenig mehr zu tun. Für sie haben wir nämlich keine Vergütung zu zahlen. Wir brauchen nur dafür zu sorgen, dass die Berufsbetreuer ein Stück zurückgedrängt werden.“ Praktiker plädierten dafür, den Weg zu vereinfachen, das Ehrenamt zu stärken, ein wenig auch wirtschaftliche Anreize zu bieten und das Abrechnungsverfahren zu vereinfachen.



Haubmann (GRÜNE)

**Dr. Robert Orth** (FDP) akzeptierte nicht die Notwendigkeit dieser Aktuellen Stunde. Für die Liberalen sei das Betreuungsrecht „kein Sparschwein der Landeskasse“. Durch das differenzierte Betreuungsrecht sei die „Hemmschwelle“ gesunken, Betreuung zu beantragen. Anzusetzen sei bei dem Umstand, „dass diese Betreuung umfangreicher als notwendig angeordnet wird“. Darum sollte weniger die Zahl angeschaut werden, es sei vielmehr zu überlegen, in welchem Umfang Betreuung notwendig sei. Für die Betreuungen müssen dann auch im Justizapparat die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden. Wenn die in dieser Frage tätige Bund-Länder-Kommission Vorschläge unterbreitet, könnte man die Fachdiskussion führen.



Dieckmann (SPD)

Fotos: Schälte

**Sybille Haubmann** (GRÜNE) nannte zwei Bedingungen für die weitere Diskussion. Sie dürfe Betreuungen nicht als Spardose missbrauchen; „außerdem ist für

mich eine Lösung, die hauptsächlich darauf abzielt, die Betreuung in die Familie zu verlagern, inakzeptabel“. Denn wer solle dann wohl die Arbeit übernehmen – die Frauen und Töchter hätten die zusätzliche Last zu tragen. Einer Lösung sei näher zu kommen, wenn künftig der Ehepartner den Betroffenen vertreten kann: Dass der dazu berechtigt sei, glaube zwar jeder, aber bisher fehle dieses Recht und müsse erst geschaffen werden. Sie erwarte, dass bei einer entsprechenden Bundratsinitiative auch die gleichgeschlechtlichen Partnerschaften einbezogen werden.

**Justizminister Jochen Dieckmann** (SPD) konstatierte: „Dieses Thema geht uns alle an.“ Er finde es „ausgesprochen begrüßenswert, dass sich der Landtag Nordrhein-Westfalen heute zu guter Sitzungsstunde mit diesem Thema beschäftigt“. Das neue Betreuungsrecht habe leider nicht dafür gesorgt, dass es zu einer wesentlichen Verbesserung gegenüber der früheren Entmündigung und Vormundschaft gekommen sei. Vielen auch sei das aktuelle Verfahren zu „justizlastig“. Den gestiegenen Zahlen entspreche nicht ein Anstieg der Qualität: „Deshalb müssen wir uns darum kümmern, dass wir die Diskrepanz zwischen dem finanziellen Aufwand und dem, was bei den kranken Menschen ankommt, reduzieren.“ Der Minister plädierte für die weitere Verbreitung der Vorsorgevollmacht (er sei selber im Besitz einer solchen), dann könne für den, der keine Betreuung haben möchte, rechtlich verbindlich gehandelt werden. Dazu bedürfe es keines Federstrichs des Gesetzgebers: Es müsse nur mehr dafür geworben werden.

## Nahe Angehörige

**Rudolf Henke** (CDU) bedankte sich bei allen in der Betreuung Engagierten: Sie bräuchten Motivation und keine Demotivation. Was Betreuungsverfügungen angehe, so sei darauf aufmerksam zu machen, dass Angehörige und Ehepartner in solchen Fällen sehr schweren Belastungen und Konflikten ausgesetzt sein können. Und er frage sich, ob seine solche Vollmacht für nahe Angehörige nicht dazu führen kann, dass im Vergleich zu mancher Betreuung das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Menschen nicht noch viel mehr eingeschränkt werde. Oft sei die Bestellung nicht verwandter Betreuer vorzuziehen, „um das Konfliktpotential in der Familie zu minimieren“.

**Frank Sichau** (SPD) setzte sich für die Vorsorgeverfügung ein, die auf die Geschäftsunfähigkeit abstellt. Die werde von den Betreuungsstellen der Städte und Gemeinden bereitgehalten, werde aber zu wenig nachgefragt.

**Karl Peter Brendel** (FDP) meinte ebenfalls, dass die Vorsorgevollmacht ein sehr sinnvolles Instrument ist. Er bestritt aus eigener beruflicher Erfahrung, dass die hauptamtliche Betreuung durch einen Juristen teurer ist als die ehrenamtlich oder von Sozialarbeitern und von Berufsbetreuern durchgeführte Betreuung. Zudem sprächen alle Beteiligten noch oft eine unterschiedliche Sprache. Vorbehalte verband er mit der Absicht, von den Einkünftigen aus Betreuungen leben zu wollen. Darum müsse festgelegt werden, was das wirklich Erforderliche übersteigt. Solche Abgrenzungsfragen seien sicher schwierig, aber sie müssten nicht zu Qualitätseinbußen führen.

**Barbara Steffens** (GRÜNE) warnte, im Zuge der geplanten Änderungen am Betreuungsrecht einen Paradigmenwechsel zu vollziehen. Der Grundsatz „Betreuen statt Entmündigen“ müsse weiter gelten.

**Minister Jochen Dieckmann** (SPD) unterstrich, vor Ort gebe es gute Beispiele, wie es gelingt, „im Zusammenwirken zwischen kommunaler Sozialverwaltung und der Justiz gute Ergebnisse zu erreichen“.



Aus der Aktuelle Stunde zur „dramatischen Wirtschaftslage in NRW“, so die Opposition, wurde eine mehr als zweistündige Generaldebatte, in der außer dem Wirtschafts- und dem Finanzminister auch Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) und Oppositionsführer Dr. Jürgen Rüttgers (CDU) das Wort ergriffen; auf den Fotos die wirtschaftspolitischen Sprecher (v. l.) Christian Weisbrich (CDU), Dr. Gerhard Papke (FDP), Werner Bischoff (SPD) und Rüdiger Sagel (GRÜNE).

Fotos: Schälte

## Aktuelle Stunde „Insolvenzen auf Rekordhöhe“ Wirtschaft und Wahlkampf

Die von der CDU beantragte Aktuelle Stunde zum Thema „Dramatische Wirtschaftslage in NRW; Insolvenzen auf Rekordhöhe – Steuereinnahmen brechen weg“ mündete am 25. April nach kontroversen Standpunkten zur Wirtschaftslage in einen von Wahlkampf-tönen geprägten Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition und zog sich über mehr als zwei Stunden hin.

**Christian Weisbrich** (CDU) zitierte eine vom WDR in Auftrag gegebene Umfrage, wonach 63 Prozent der Menschen keine Besserung erwarteten. Sie wüssten, dass die Arbeitslosigkeit nicht abgebaut werde und dass es einen Pleitenrekord gebe. Clements löbliche Absichten hätten mit der Realität im Lande nichts zu tun. Das Pro-Kopf-Einkommen liege in NRW um mehr als 1 500 Euro unter dem Schnitt der alten Länder. Statt eines Gründungsrekords habe NRW einen Rekord an Insolvenzen. Die Regierung habe NRW auf Abstiegsränge geführt, wohin man schaue.

**Werner Bischoff** (SPD) verwies auf die Debatte der Vorwoche im Wirtschaftsausschuss (Bericht in der vorigen Ausgabe) und warf dem CDU-Redner Schlechtreden vor. Die größte Unternehmenspleite habe beim Medienkonzern Kirch gerade erst in Bayern stattgefunden. Insolvenz sei kein spezielles NRW-Thema, sondern hänge mit vielen Faktoren zusammen. Die Politik habe sehr massiv und qualifiziert viel getan, um Unternehmen zu retten. Neu seien erhebliche Probleme bei der Kreditvergabe an kleine Firmen. Wichtig sei, dass die Talsohle durchschritten sei.

**Dr. Gerhard Papke** (FDP) hielt für noch dramatischer als die Zunahme der Insolvenzen, dass 61 Prozent der zahlungsunfähigen Betriebe dem Dienstleistungssektor entstammten, dem Wachstumssegment unserer Volkswirtschaft. In Ostdeutschland stünden die Rot-Rot-geführten, im Westen die Rot-Grün-regierten Länder ganz hinten, was Wachstum betreffe. Die GRÜNEN seien Bremsen und Blockierer. Die SPD sei die Partei der industriepolitischen Vergangenheit, wofür Milliarden Steinkohlesubventionen verpulvert würden.

**Rüdiger Sagel** (GRÜNE) wies auf das neue Insolvenzrecht hin, das zahlungsunfähigen Unternehmen Sanierungschancen eröffne und verschuldete Unternehmen zu einem Neustart motiviere. Das Mittelstandsgesetz

erhöhe die Selbstständigenkultur. Unternehmensschließungen drückten auch Marktberichtigung aus.

**Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold** (SPD) sagte, ohne die Arbeit der Landesregierung gäbe es in den letzten zwei Jahren 350 Unternehmen nicht mehr, und warf der FDP vor, gegen diese Maßnahmen gewesen zu sein. Die Standorte Köln und Niederrhein würden positiv beurteilt. Der Tiefbau danke für das Vorziehen von Investitionen im Straßenbau, das Gründungsgeschehen werde vom Handwerk gelobt und sei auch in Dortmund und Duisburg erfreulich.

**Herbert Reul** (CDU) wies auf die Demonstration des Eisenbahnausbesserungswerks Opladen vor dem Landtag hin, dessen Beschäftigten die Arbeitslosigkeit drohe. 27 Politiker seien dort gewesen, nichts sei passiert. Die Regierung lasse NRW zum Schlusslicht werden.

**Michael Groschek** (SPD) dankte der NRW-Regierung für gute Arbeit beim Länderfinanzausgleich, wodurch Zusatzrisiken von 30 Milliarden abgeblockt worden seien. Das Ruhrgebiet sei zur Pilgerstätte für Musterstrukturwandel geworden.

**Dr. Jens Jordan** (FDP) zitierte den Wirtschaftsexperten Professor Heilemann, der verhaltene und negative Prognosen der Unternehmen ermittelt habe, und sah zu viele Beschränkungen als wachstumshemmend an.

**Finanzminister Peer Steinbrück** (SPD) berichtete, Bundes- und Länder-Einnahmen seien im ersten Quartal 2002 um 5,8 Prozent zurückgegangen, in NRW gebe es ein Plus von 4,7, bereinigt 2,8 Prozent. Das reiche nicht, aber Alarm sei nicht gerechtfertigt. Die von der FDP vorgeschlagenen Steuertarife bedeuteten 76 Milliarden, das von der CDU gewollte Familiengeld 34,7 Milliarden Euro weniger Einnahmen.

**Dr. Helmut Linssen** (CDU) meinte, die Steuerreform der Bundesregierung habe wesentlich zur heutigen Misere beigetragen. Die Konzerne hätten sich kaputtgelacht. Die Verriegelung des Arbeitsmarkts gehe auch auf Berliner Politik zurück.

**Ministerpräsident Wolfgang Clement** (SPD) wandte sich gegen CDU-Angriffe wegen des auf dem „Boden von SPD-Filz“ gewachsenen Müll- und Korruptionsskandals. In Opladen könne niemand was versprechen, das sei Sache der Bahn. Ohne Ostdeutschland wäre die Bundesrepublik vor jedem anderen EU-Land. Bei Auslandsinvestitionen liege NRW (1999) auf Platz 1. Die Steuerreform habe dazu beigetragen.

**Dr. Jürgen Rüttgers** (CDU), Fraktionsvorsitzender, verdeutlichte, nicht das Land sei schlecht, sondern es werde schlecht regiert. Der SPD-Filz müsse beendet werden, damit es wieder Zukunft habe. Stoiber halte die Metrorapid-Technologie in NRW für gut, aber nicht für eine Straßenbahn im Ruhrgebiet. Clement sei an seinen eigenen Ansprüchen auch bei der Arbeitslosigkeit gescheitert. Eine Steuerreform, bei der Großkonzerne nichts mehr zahlten, sei zutiefst ungerecht.

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) trug vor, im Vormonat habe es 151 000 Abmeldungen aus der Arbeitslosigkeit, aber nur 51 000 neue Beschäftigungen gegeben. Mit dem letzten Platz beim Wachstum in Europa könne Deutschland nicht zufrieden sein. Mit den 630-Mark-Verträgen komme die Statistik auf 1,2 Millionen neue Arbeitsplätze, obwohl eine Million ersatzlos verschwunden seien. An die Mitglieder der nordrhein-westfälischen Landesregierung richtete er die Aussage: „Das Einzige, was Sie geschafft haben, ist das Wachsen und Blühen der Schwarzarbeit.“

**Ministerpräsident Wolfgang Clement** (SPD) sah den Arbeitsmarkt in NRW „in einer sehr positiven Weise in Bewegung“. Das liege unter anderem daran, dass das Land in den neuen Branchen wie Kommunikation, Bio- und Gentechnologie eine so herausragende Rolle spiele. Auch schlage der Dienstleistungssektor an Rhein und Ruhr ein höheres Tempo bei der Zunahme von Arbeitsplätzen an als etwa in Bayern. In NRW habe man verwirklicht, dass jeder junge Mensch, der einen Arbeitsplatz sucht, diesen auch bekommt. Als weiteres Ziel wolle man bis 2005 erreichen, die Jugendarbeitslosigkeit auf Null zu bringen – „daran arbeiten wir mit aller Kraft“.

**Lebhafter Schlagabtausch im Plenum zur Familienpolitik des Landes**

**Nordrhein-Westfalen baut Angebot zur Ganztagsbetreuung der Kinder aus und setzt dabei Schwerpunkt in Grundschulen**

*Zwei gegensätzliche Verständnisse von Familie und Familienpolitik prallten am 26. April in der von den GRÜNEN beantragten Aktuellen Stunde unter dem Motto „NRW setzt auf moderne Familienpolitik“ im Plenum aufeinander. War man sich im Ziel weitgehend einig, dass mehr für Kinder und ihre Familien von Seiten des Staats getan werden müsse, so unterschieden sich die Konzepte deutlich, wie dies am besten zu geschehen hat und wer die Verantwortung für etwaige Versäumnisse in der Vergangenheit zu tragen hat.*

**Ute Koczy** (GRÜNE) betonte die Absicht ihrer Fraktion, die Kinder und ihre Familien in den Mittelpunkt zu rücken. Auf dem Weg zu einem wirklich kinderfreundlichen und familiengerechten Land sei man schon weit gekommen, aber: „Im Bildungs- und Betreuungssystem haben wir die Aufholjagd erst begonnen.“ Vor dem Hintergrund einer „extremen“ Haushaltslage sei das Ziel einer modernen Familienpolitik schleunigst umzusetzen, fand sie. Mit Blick auf die Union erklärte sie, die GRÜNEN seien gegen rückschrittliche Konzepte der Familienpolitik, „wir sagen Nein zur Verdrängung von Müttern aus dem Arbeitsmarkt“. Niemand könne heute noch Familien ein einheitliches Lebenskonzept vorschreiben. Wenn auch ihre Fraktion am liebsten Kindern und ihren Familien ein einheitliches Kindergeld gewähren würde, so wolle man in Zeiten der Geldknappheit in erster Linie in die familienbezogene Infrastruktur investieren und gezielt die ärmeren Familien mit einer Kindergrundsicherung unterstützen.

**Bernd Flessenkemper** (SPD) unterstrich, Familien würden in NRW in vielfältiger Weise gefördert und unterstützt. In den nächsten Jahren würden die Anstrengungen intensiviert, die Betreuungsangebote für schulpflichtige Kinder unter dem Dach der Grundschule zu organisieren und ein flächendeckendes Netz bedarfsorientierter offener Ganztagschulen auszubauen. Dagegen sei die Ankündigung des Kanzlerkandidaten Stoiber, 600 Euro Familiengeld einzuführen, „eine nicht zu finanzierende Mogelpackung“.

**Regina van Dinker** (CDU) monierte, jetzt habe auch Bundeskanzler Schröder die Familienpolitik als sein neues Thema entdeckt, nachdem er in der Arbeitsmarktpolitik seine Versprechungen nicht habe einlösen können. Da müsse man erst noch auf Taten warten: Rot-Grün habe zwar „wie versprochen die Situation von Schwulen, Lesben und Prostituierten verbessert (...), aber die Stellung der Familien mit Kindern hat sich nur wenig gebessert“. Kindergelderhöhungen und Steuerleichterungen seien regelmäßig durch die Belastungen der Ökosteuer aufgeessen worden. Das werde die Familien auch am 1. Januar 2003 wieder treffen; „aber das können die Wählerinnen und Wähler bald mit dem Kreuzchen noch stoppen“.

**Christian Lindner** (FDP) erklärte für seine Fraktion: „Wir wollen eine echte materielle Verbesserung der Situation von Familien.“ Die Netto-Entlastung der Familien sei nicht in dem Maße erfolgt, wie dies die Regierungskoalition in Berlin angekündigt habe. Man habe erhebliche Zweifel, ob die in NRW unternomme-

nen Anstrengungen im richtigen Verhältnis zur Größe der Herausforderung stehen. So sei im Lande der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem dritten Geburtstag noch nicht flächendeckend erfüllt. Die Eltern würden für den Kindergarten immer noch zur Kasse gebeten. Es gebe keine klar definierte Obergrenze für Gruppengrößen im Kindergarten. Das Platzangebot in der Tagesbetreuung sei immer noch unzureichend.

**Familienministerin Birgit Fischer** (SPD) setzte sich kritisch mit dem Familienbild der CDU auseinander. Die klassische Familie als das Idealbild vorzustellen – „diese Beurteilung und Wertschätzung über das Zusammenleben von Menschen steht uns als Politikern und Politikerinnen nicht zu. Unsere Aufgabe ist es, Realitäten zur Kenntnis zu nehmen und Menschen dabei zu helfen, ihr Leben zu gestalten und gleiche Zukunftschancen zu haben“. Das sei „blanker Hohn“. Die SPD rücke die Lebensqualität von Familien und deren Zukunftsperspektiven in das Zentrum ihrer politischen Arbeit, in Bund, Länder und Kommunen. Die Ministerin: „Wir schaffen in Deutschland eine Offensive zur Stärkung von Bildung und Erziehung sowie für die Vereinbarkeit von Familien, Beruf und bürgerlichem Engagement“. Finanzen allein reichten nicht, die Rahmenbedingungen, die Lebenssituation und die Strukturen seien für die Familien entscheidend.

**Thomas Mahlberg** (CDU) urteilte über die Arbeit von Rot-Grün: „Ihre Politik im Familienbereich ist unfair und ungerecht. Sie lassen die Menschen und die Kommunen im Stich.“ Die Kommunen würden von der Landesregierung mit Leistungen beauftragt, ohne für eine ausreichende finanzielle Entschädigung zu sorgen. Belastet würden auch die Eltern durch steigende Kindergartenbeiträge.

**Annegret Krauskopf** (SPD) widersprach: „Die Familienpolitik der SPD ist bedarfsgerecht und setzt hohe Qualitätsstandards. Dies gilt in der Bundesrepublik genauso wie in Nordrhein-Westfalen.“ Man werde diese Politik weiterführen und sich dabei den Wählerinnen und Wählern verpflichtet fühlen.

**Dr. Ute Dreckmann** (FDP) war nicht dieser Meinung. Die Familienpolitik in diesem Land sei noch „meilenweit“ davon entfernt, dass es Frauen und Männern ermöglicht wird, sich frei zwischen Kindererziehung und Berufstätigkeit zu entscheiden“. Dafür müssten die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

**Sylvia Löhrmann**, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, wandte sich den Versäumnissen und Fehlentscheidungen der Regierung Kohl zu. Rot-Grün in Berlin habe in dreieinhalb Jahren „so viel im Bereich der Kinder- und Familienpolitik durchgesetzt, wie Sie in 16 Jahren an Schaden angerichtet haben“.

**Schulministerin Gabriele Behler** (SPD) verlangte, die Opposition müsse sich an den Taten messen lassen, wo sie in der Regierungsverantwortung stehe. In NRW gebe es 150 Hauptschulen im Ganztagsbetrieb, in Hessen 31, Bayern, Sachsen, Thüringen null. Die nordrhein-westfälischen Gesamtschulen seien als Ganztagschulen angelegt. Auch in den anderen Schulformen werde das Land einen Ausbau vornehmen und dabei den Schwerpunkt in der Grundschule setzen, „weil man nicht alles auf einmal realisieren kann“.



In der weiteren Debatte ergriffen erneut das Wort **Regina van Dinker** (CDU), **Bernd Flessenkemper** (SPD), **Thomas Mahlberg** (CDU), **Ministerin Birgit Fischer** (SPD), **Christian Lindner** (FDP) und **Ute Koczy** (GRÜNE).



Fotos: Schälte

# Ruhrstadt-Idee der FDP wird abgelehnt

## Behrens kündigt Gesetzentwurf und Anhörung an

Der FDP-Antrag „Die Ruhrstadt – ein Kommunalverbund auf der Basis freier bürger-schaftlicher Entscheidungen“ (Drs. 13/2452) wurde nach der Aussprache am 24. April in die Ausschussberatung (federführend an den Innenausschuss) überwiesen.

**Dr. Ingo Wolf** (FDP) erläuterte, der Ballungsraum Ruhrgebiet umfasse mit 5,5 Millionen etwa so viele Einwohner wie Dänemark oder Hessen. Seine Wirtschaftsentwicklung sei rückläufig seit der Montankrise. Die Bevölkerung wandere ab. Das Ausbluten der Großstädte mache allen Sorge, ebenso Haushaltsdefizite von mehreren hundert Millionen Euro. Zwei Dutzend Verkehrsunternehmen wurschtelten nebeneinander. Die FDP wolle die zersplitterte Verwaltungsstruktur überwinden, Grenzen auflösen, überflüssige Ebenen abschaffen. In einem freiwilligen Kommunalverbund sollten ein Parlament und die Verwaltungsspitze direkt gewählt werden. Es solle keine neue Ebene geschaffen, sondern ein freiwilliger Zusammenschluss werden.

### Kommunalverbund

**Michael Groschek** (SPD) hielt den FDP-Antrag für Aufspringen auf den fahrenden Zug eines modernen KVR, der aus freiwilliger, aufgabenbezogener Mitgliedschaft ohne zu eng gezogene Grenzen bestehen werde. Er solle durch ein Gremium zusammenarbeitender Regionalräte ergänzt werden, das auch Planungsfragen behandle,

zum Beispiel einen Sonderausschuss. Zusammenarbeit unter Ruhrstadtperspektiven solle auch bei Pflichtaufgaben möglich werden. Nicht nur andere Organisation, sondern auch Kultivieren des Geistes der Gemeinsamkeit sei nötig. Andere Kommunalverbände seien nicht mit dem Ruhrgebiet zu vergleichen. Die Projekt Ruhr GmbH sei der richtige Weg und manage Investitionen mit einem Volumen von 400 Millionen Euro. Die Hochschulen seien das eigentliche Pfund für den Strukturwandel. Metrorapid, Fußballweltmeisterschaft und Olympiade sollten zur Erneuerung genutzt werden. Der Ansatz des Deutschen Gewerkschaftsbunds, nicht bei der Verwaltung, sondern bei den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen anzusetzen, sei richtig.

### Sonderausschuss Regionalräte

**Franz-Josef Britz** (CDU) schloss sich dem Vorredner an beim „Willkommen im Club“ derjenigen, die sich um das Ruhrgebiet kümmern. Trotz aller unterschiedlichen Positionen der Fraktionen solle das Beste für das Ruhrgebiet herausgefiltert werden, möglichst gemeinsam. Alle wollten die Region Ruhrgebiet stärken, das gehe nur ge-

meinsam. Das Kirchtumdenken müsse überwunden werden. Übereinstimmung gebe es bei gemeinsamer Wirtschaftsförderung, Regional- und Standortpolitik, Öffentlichem Personennahverkehr, Verkehrs- und Kulturpolitik. Getrennte Vorstellungen gebe es bei Gebietsentwicklungsplanung, Umweltschutz, Abfallentsorgung. Der Landesgesetzgeber müsse entscheiden, ob es die freiwillige Basis oder der gesetzliche Rahmen sein solle. Bei den Bürgern sei die Bereitschaft größer als bei Kommunalpolitikern.

### Kommunales Bremsen

**Brigitte Herrmann** (GRÜNE) meinte, die FDP habe aus vorhandenen Anträgen der anderen Fraktionen das Schönste und Sinnvollste zusammengetragen. Das Bürgerbegehren gehe aber nicht, höchstens ein Volksbegehren. Verwundern müsse auch, dass die FDP den wirtschaftlichen Erfolg von Verwaltungsstrukturen abhängig mache und eine neue Hierarchie aufbauen wolle. Vermischen von staatlichen und kommunalen Aufgaben in einem Kommunalverbund wollten die anderen Fraktionen nicht.

**Innenminister Dr. Fritz Behrens** (SPD) begrüßte ebenfalls die Beteiligung der FDP an Vorstellungen zum Ruhrgebiet. Die Landesregierung werde die politische Meinungsbildung durch einen Gesetzentwurf vor der Sommerpause fördern. Der Bürgerwille war bei Wattenscheid und Kettwig anders ausgerichtet. Er bezweifle, dass dieser zur Ruhrstadt führe. Nach der Sommerpause solle eine Sachverständigenanhörung zum Gesetzentwurf stattfinden. Auch er wolle das Ruhrgebiet mit einem Rahmenwerk stärken. Es mangle nicht an der Zusammenarbeit der Verwaltungen, sondern am kommunalen politischen Willen. Dort lägen die Hauptdefizite, über die beim Thema KVR geredet werden müssten. Es solle sehr genau hingesehen werden, wohin sich die Wirtschaft entwickle. Das sehe nicht nach Zentralisierung im Kern des Ruhrgebiets, sondern grenzüberschreitend bis Holland aus. Andere Großräume seien um ein Zentrum gewachsen. Im Ruhrgebiet sei das völlig anders. Auf den Forschungsverbund „Städteregion Ruhr 2030“ sei er sehr gespannt. Den KVR infrage zu stellen, sei nicht Absicht der Landesregierung. Gebietsentwicklungsplanung sei mit dem Landesplanungsgesetz nicht vereinbar. Er werde bessere Lösungen vorschlagen. Auflagenverlagerung auf Kommunalverbände halte er nicht für notwendig oder begründet.

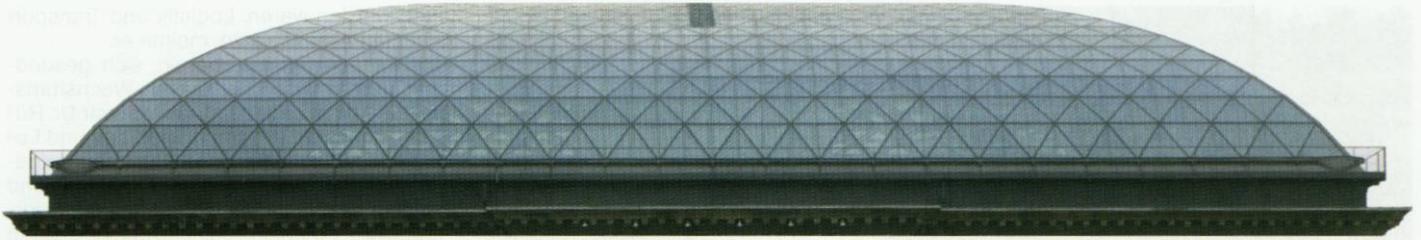
### „Kein zentraler Moloch“

**Dr. Ingo Wolf** (FDP) hob den Bürgerwillen als Unterschied zu früher hervor und sprach sich für Offenheit bei künftigen staatlichen Aufgaben aus.

**Ewald Groth** (GRÜNE) warf der FDP vor, der Diskussion einen völlig unstimigen Antrag nachgeschoben zu haben. Die Koalition sei sehr gut aufgestellt und wolle freiwillige Zusammenarbeit. Die GRÜNEN wollten die kommunale Selbstverwaltung auch im Ruhrgebiet und keinen zentralen Moloch. Bei den Kommunalen müsse nachgedacht werden. Die Wanderungsbewegung an die Ränder sei Ergebnis der vielgliedrigen Strukturen mit positiver Konkurrenz.



Urkunden aus der Hand der Olympiasiegerin und Präsidentin des Bewerbungskomitees Düsseldorf-Rhein-Ruhr 2012, Heide Ecker-Rosendahl (r.) gab es im Landtag für die Kinder, die sich im Rahmen eines Schülerwettbewerbs Gedanken darüber gemacht haben, wie die Wettkämpfe in der Region aussehen könnten. Die phantasievollen und farbenfrohen Darstellungen, darunter viele Variationen der fünf olympischen Ringe und ein Siegerpodest aus Pappmachee, wurden im Parlament vorgestellt und sind inzwischen in das Deutsche Sport- und Olympiamuseum in Köln weiter gewandert. Landtagspräsident Ulrich Schmidt, der die Auszeichnung vornahm, warb für Olympia 2012 an Rhein und Ruhr und freute sich, wie locker die Goldmedaillengewinnerin von München 1972 ihr olympisches Edelmetall zur Überraschung der Kinder den Jungen und Mädchen umhängte. Foto: Schälte



## Wehmütiger Blick zurück auf fast vier Jahrzehnte Politik

*Bewegt, glücklich, dankbar und ein bisschen sentimental – so fühlte sich der erste Bürger im Staat, Bundespräsident Johannes Rau. „Es war eine schrecklich schöne Zeit“, erinnerte sich Landtagspräsident Ulrich Schmidt. Der Anlass für beide Bekenntnisse: Die Einweihung des Ständehauses als Museum für aktuelle Kunst („K21“) am 18. April. Nach mehrjährigem Leerstand und vier Jahren Umbau für rund 50 Millionen Euro haben Düsseldorf, die Region und das Land einen neuen, architektonisch gelungenen Anziehungspunkt an historischer Stätte.*

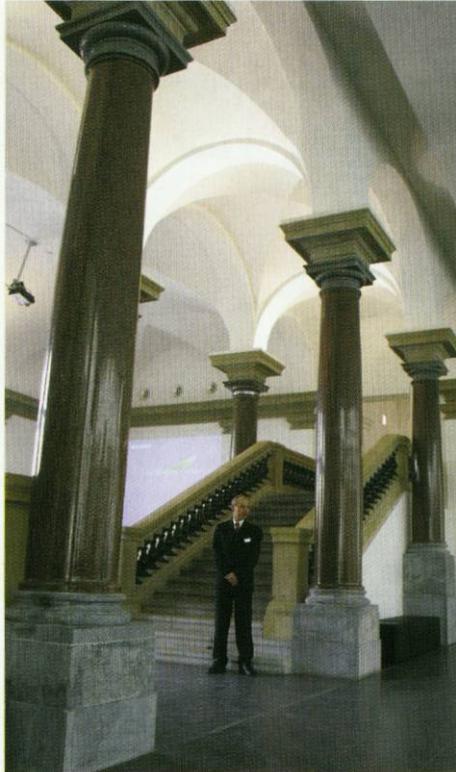
Hier im Ständehaus unternahm noch während des Kaiserreichs die rheinische Selbstverwaltung ihre ersten Schritte. Nach Weimarer Zeit und der Unterbrechung durch die Nazidiktatur lernten dann nach dem Krieg unter den wachsamen Augen der britischen Besatzungsmacht am alten Kaiserteich Rheinländer und Westfalen gemeinsam ihre Lektionen im demokratischen Neubeginn. 39 Jahre residierte der Landtag Nordrhein-Westfalen im Ständehaus.

„Es fanden wirklich große leidenschaftliche Debatten statt“, sagte rückblickend der Landtagspräsident: Kommunale Neugliederung, das Schulwesen und die Bildungspolitik bewegten die Parlamentarier im Plenarsaal und die Menschen im Lande. Oft genug sei im winzigen Erfrischungsraum des Ständehauses, der so genannten „Kaffeeklappe“ Politik gemacht und nach hitzigem politischen Streit Versöhnung gefeiert worden.

Vorbei, vergangen, die Politik ist weitgehend Historie. Jetzt weht der kühle Geist zeitgenössischer Kunst durch die Hallen. 5 300 Quadratmeter Ausstellungsfläche stehen der Dependence der Kunstsammlung NRW zur Verfügung, um Trends und Manifestationen der Gegenwartskunst zu präsentieren. Das kann leicht, luftig und platzgreifend geschehen – alles Attribute, die ehemals dem politischen Geschäft in diesen Räumen versagt geblieben sind, weil kontaktfördernde Enge, bauliche Unzulänglichkeiten und nur sparsam einfallendes Tageslicht die tägliche Arbeit bestimmten. Die Politik verlässt dennoch nicht vollständig das historische Gebäude: Der Landtag wird zu besonderen Anlässen weiterhin das Ständehaus für repräsentative Veranstaltungen nutzen.

Die Gelegenheit, das neue Museum kostenlos zu besuchen, nutzten am Wochenende nach der Einweihung rund 20 000 Menschen. „Mögen sich im Ständehaus viele Menschen begegnen, hoffentlich auch viele junge, um die gelungene Verbindung von demokratischer Tradition und zeitgenössischer Kunst kennen zu lernen“ – dieser Wunsch von Landtagspräsident Ulrich Schmidt in seiner Rede zur Eröffnung ist schon ein gutes Stück in Erfüllung gegangen. J. K.

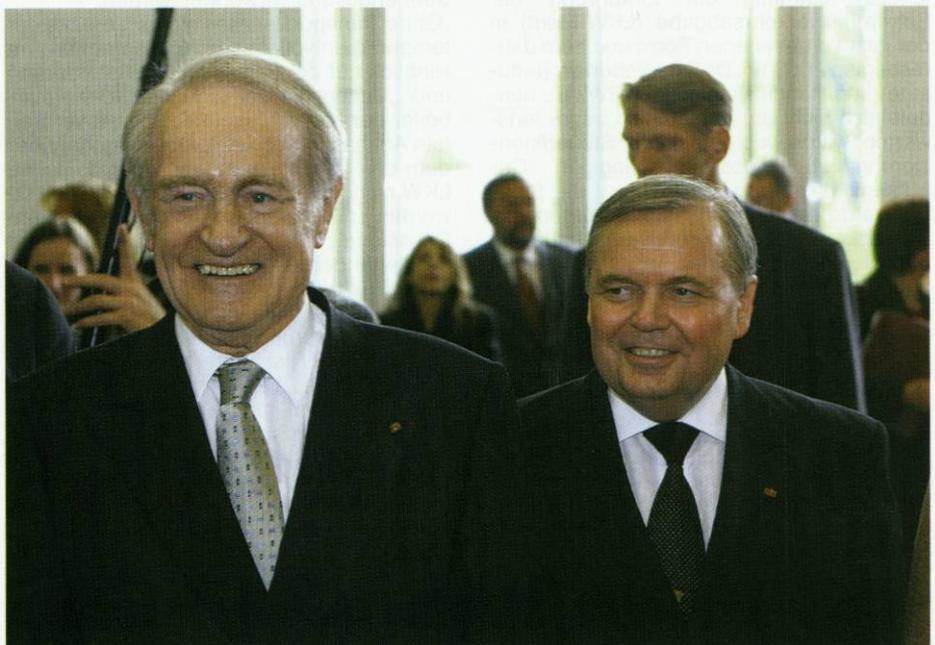
*Die gewaltige Glaskuppel – größer als die auf dem Berliner Reichstagsgebäude – lässt das Tageslicht auf alle Ebenen strömen.*



*Sichtbar an Transparenz gewonnen hat das Ständehaus durch den Umbau. Auf dem Bild das alte Treppenhaus im Eingangsbereich am Kaiserteich.*



*Detail Erinnerung an einen italienischen Renaissance-Palast: Das Portal des Treppenhausturms im Innenhof.*



*Heiterkeit, gemischt mit Wehmut an alter Wirkungsstätte: Bundespräsident Rau (l.), langjähriger NRW-Ministerpräsident, und Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.), der hier 1975 seine landespolitische Karriere begann. Fotos: Schälte*



„Diese Transporte können nicht ersetzt werden“, sagte Firmeninhaber Michael Büchter, dessen LKW Baustoffe täglich über mehr als tausend Kilometer transportieren, meist auf der Autobahn. Die Maut könne seinen Betrieb ruinieren. Verlagerungen von Schwerverkehr von Autobahnen auf Bundes- und Landstraßen nach Einführung der LKW-Maut hielt Professor Dr. Uwe Clausen (Universität Dortmund) in einer Größenordnung von mehr als vier Prozent für möglich.

## Deutsche LKW-Transporteure wollen überleben Wut und EU-Frust am Lenkrad

Im Verkehrsausschuss trugen am 22. April Sachverständige Sorgen des Transportgewerbes über die Zukunft des Güterkraftverkehrs in NRW vor. Die Anhörung war von allen vier Fraktionen beschlossen worden, die die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU (Drs. 13/1052) für ergänzungsbedürftig gehalten und einen Fragenkatalog zu fünf Bereichen vorgelegt hatten (Drs. 13/1553).

Verbands- und Unternehmenssprecher lehnten einmütig die Einführung der Schwerlastverkehrsabgabe (LKW-Maut) in der jetzt vorgesehenen Form und zum Jahresbeginn 2003 ab. Dr. Uwe Vetterlein (Industrie- und Handelskammern NRW): Es handle sich nicht um den an sich begrüßenswerten Systemwechsel von der Steuerfinanzierung zur nutzungsabhängigen Gebührenfinanzierung, sondern auf die Steuern werde ein neues System draufgepackt. Das deutsche Transportgewerbe habe die höchsten Standortkosten innerhalb der EU und könne eine neue Belastung nicht verkraften.

### Höchste Belastung

„Wir fordern Chancengleichheit“, appellierte Klaus Peter Röskes (Verband Güterkraftverkehr und Logistik) an die Landesparlamentarier und warf der Landesregierung vor, im Bundesrat nicht „lautstark“ genug aufgetreten zu sein. Aus Rücksicht auf die EU sei auch Berlin „beratungsresistent“. Der Vermittlungsausschuss des Bundesrats hatte am 20. März eine Differenzierung bei der Einführung der LKW-Maut und eine Rechtsverordnung empfohlen, die sonstige Verkehrsabgaben des deutschen Gewerbes berücksichtigt. Das Mautaufkommen soll

„überwiegend zweckgebunden“ für den Straßenausbau verwendet werden.

„Ohne Transport ist alles nichts!“, meinte der temperamentvolle Verbandspräsident im Hinblick auf die NRW-Wirtschaftsförderung und: „Unsere Fahrer sind die Schwerstarbeiter der Nation“, sagte er, auf die verbreitete Antihaltung von Autofahrern gegenüber dem LKW anspielend. Wenn der deutsche LKW nicht völlig durch ausländische ersetzt werden solle, brauche er 6 bis 7 000 Euro Entlastung pro Jahr, sagte Röskes. Was auf dem Altar der EU mittlerweile geopfert werde, sei haarsträubend. Auf Nachfragen von Abgeordneten wiesen die Sprecher auf die EU-Osterweiterung und die von dort zu erwartende, noch stärkere Konkurrenz sowie auf niedrigere Steuern in den westlichen Nachbarländern hin. Die LKW-Maut dürfe ruhig höher ausfallen, dafür müsse aber die deutsche Kfz-Steuer gesenkt werden.

Dr. Christoph Kösters (Verband für das Verkehrsgewerbe Westfalen-Lippe) zitierte einen Pressebericht über „Kungeln“ zwischen Berlin und Brüssel wegen der Kohlebeihilfen, aber zu Lasten des deutschen Transportgewerbes, der „drittgrößten Branche“ mit 200 000 Arbeitnehmern. „Es geht auch um NRW. Wer die Ladung hat, bestimmt auch den Wirtschaftsstandort“, sagte Kösters, nachdem die niederländische Konkurrenz und das „Ausflaggen“ deutscher Transportunternehmen angespro-

chen worden waren. Logistik und Transport brächten Arbeitsplätze, meinte er.

Überkapazitäten abzubauen, sich gesundzuschrumpfen, sei in dieser Wachstumsbranche nicht angezeigt, hatte zuvor Dr. Rüdiger Ostrowski (Verband Spedition und Logistik NRW) geäußert und das Land aufgefordert, die Speditionen zu stärken und Schnittstellen zu Schiene und Wasserstraße zu optimieren. Die Deutsche Bahn AG sei immer noch eine „Behördenbahn“. Spediteur Büchter aus Westfalen schilderte Beispiele von gescheiterten Mähen um Güterverlagerung auf die Schiene.

### 200 000 Arbeitsplätze

Die mittelständische Struktur des Transportgewerbes lade zu ruinösem Wettbewerb ein, sagte Andreas Pastowski (Wuppertal-Institut Klima, Umwelt, Energie) und trat für Einschränkungen bei der Harmonisierung in der EU ein. Er kritisierte Hemmnisse beim grenzüberschreitenden Güterverkehr durch nationale Bahnen, die eine ähnlich starke Stellung der Schiene in Europa wie in den USA und Kanada verhindere.

Kreditprobleme eines mittelständischen Logistik-Unternehmens aus Bergisch-Gladbach stellte Reinhard Kenfenheuer dar und beklagte den Vorrang großer Unternehmen bei der Landesinitiative Logistik, bei kommunalen Ansiedlungsbemühungen und beim Kombi-Verkehr. Er sah Genossenschaftslösungen als einzigen Ausweg aus Selbstausbeutung und Untergang der „Selbstfahrer“-Unternehmen an.

Michael Büchter stellte sich als Betreiber von Tongruben und Baustofftransporteur im Familienunternehmen vor und sagte, selbst sein ausgereizt optimierter Einsatz der Lastzüge wiege die zusätzliche Belastung durch eine Maut nicht auf. Die Maut werde absolut existenzvernichtend wirken. „Wir bieten sichere Arbeitsplätze, aber der Staat nimmt uns die Arbeit vorsätzlich weg“, sagte er. Das Lohngefälle zwischen Deutschland und osteuropäischen EU-Beitrittskandidaten betrage 10 zu 1.

### Fahrer aus Osteuropa

Deutsche Vorschriften und immer größere Fahrzeuge für Schwertransporte beschrieb Markus Frost für eine Paderborner Spedition. Ein Spezialfahrzeug koste das Vielfache eines konventionellen LKW. Der Verkehrsausschuss solle sich darum kümmern, dass Deutschland nicht tatenlos zusehe, wie die Nachbarländer Gesamtgewichte anheben und flexiblere Einzellösungen anbieten.

Als katastrophal beschrieb Reinhard Assmann (Kraftfahrergewerkschaft im CGB) die Stimmung bei Gewerkschaftern und Betriebsräten. Wut und Frust über wirklichkeitsfremde EU-Vorschriften reichten bis über's Lenkrad. Die Ökosteuer habe das Fass zum Überlaufen gebracht. Lastwagenfahrer seien im Übrigen Facharbeiter mit hohen Kenntnissen beim computergesteuerten Be- und Entladen. Er forderte, wie auch seine Vorredner, bei Einführung der LKW-Maut die Mängel am deutschen Straßennetz zu beseitigen.

Die Verkehrspolitik äußerten Verständnis für die Probleme und rieten den mittelständischen Transporteuren, sich „besser aufzustellen“.

# Gesetzentwurf zur Haltung gefährlicher und großer Hunde

Andreas Wohland (Kommunale Spitzenverbände NRW) erläuterte, die Anleinplicht sei gegenüber der Landeshundeverordnung noch verschärft worden. In den Innenstädten sollten die Hunde an einer reißfesten, maximal 1,50 Meter langen Leine geführt werden. Von einer ausdrücklichen Regelung für so genannte Hundeauslaufflächen rate er ab, um keine „Begehrlichkeiten“ beim Bürger zu wecken. Das Einzäunen und die Verkehrssicherung seien für die Kommunen mit erheblichen Kosten verbunden. Bei Kennzeichnung durch implantierte Chips müsse es eine generelle Meldepflicht geben, mit Aufwand für die Hundehalter und die Kommunen.

Alfred Maciejewski (Arbeitskreis Diensthundeführender Verwaltungen) warnte vor einer generellen Anleinplicht, weil die Hunde dabei erst recht aggressiv und neurotisch werden könnten. Das „Kulturgut Hund“ gehe auch darauf zurück, dass Hunde Menschen schützen könnten. Bei Polizei, Bundeswehr und Zollbehörden gebe es Hunde, die zu den gefährlichen Rassen gezählt würden und in den Familien der Diensthundeführer lebten. Die Basis des Gesetzentwurfs, nämlich die Größe oder Rasse eines Hundes verantwortlich für seine Gefährlichkeit zu machen, sei falsch.

## Kulturgut Hund

Für die Tierärztekammer Westfalen-Lippe sprachen sich die beiden Vertreter Dr. Mechthild Fecke-Peitz und Dr. Rolf Brahm gegen eine generelle Anleinplicht aus. Aggressionen würden dadurch noch gefördert. Eine Kennzeichnungspflicht aller Hunde durch Chip oder Tätowierung sei sinnvoll. Darüber hinaus werde eine zentrale Registrierung benötigt. Dr. Fecke-Peitz zeigte sich enttäuscht darüber, dass die Rasselisten wieder im Gesetzentwurf erschienen. Der Hundehalter solle lieber einen „Hundeführerschein“ machen.

Dr. Rolf Dannemann (Stadt Wuppertal/Resort Ordnungsaufgaben) hielt die vorgesehene generelle Anleinplicht für überzogen. Die Verpflichtung der Kommunen zur Einrichtung von Hundeauslaufflächen sei in seinen Augen zwingend erforderlich, insbesondere in Städten, in denen es wenig andere Auslaufmöglichkeiten für Hunde gebe. Die Kennzeichnungspflicht von Hunden mittels Mikrochips sei zu begrüßen, mache aber nur Sinn bei landesweiter Registrierung. Er wünsche sich die generelle Einführung eines Fachkundenachweises für Hundehalter, möglichst vor Erwerb eines Hundes, und halte nichts von so genannten Rasselisten.

Ähnlich äußerte sich Rechtsanwalt Dr. Eisenhart von Löper als Experte für Tierenschutzrecht. Rechtsanwalt Dr. Ulrich Wollenteit meinte, die für alle Hunde geltende Anleinplicht sei für bestimmte Bereiche nicht zu beanstanden. Ein genereller Leinen- und Maulkorbzwang könne aber zu Verhaltensstörungen führen. Die Rasselisten seien weder fachlich gerechtfertigt noch rechtlich zulässig. Er halte sie für wissenschaftlich unhaltbar. Daher befürworte er einen Fachkundenachweis für alle Hundehalter, eine Kennzeichnungspflicht sowie eine Haftpflichtversicherung für alle Hunde. „Der Halter kann jeden Hund jeder Rasse zu einem gefährlichen Hund machen“, betonte er.

## Experten: Gefahr geht nicht vom Tier aus, sondern von der Persönlichkeit des Halters

Auf großes Besucherinteresse stieß die Anhörung des Landwirtschaftsausschusses (Leitung: Marie-Luise Fasse, CDU) zum Entwurf der Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNE für ein NRW-Landeshundegesetz (Drs.13/2387) am 19. April. Nach dem Entwurf, der die Haltung gefährlicher und großer Hunde regelt, sind künftig Geldbußen bis zu 100 000 Euro bei Verstößen gegen das Gesetz vorgesehen. Kennzeichnungspflicht für alle Hunde, Leinenzwang und Rasselisten waren die Hauptthemen der Stellungnahmen.



Tierheime sind zurzeit überfüllt und bieten ihre Hunde an wie hier in Solingen.

Bettina Sokoll, Landesbeauftragte für den Datenschutz, sagte, die eindeutige Identifizierung eines Hundes sei das Ziel des Gesetzgebers. Dies sei legitim. Der Chip, der dem Hund implantiert werde, enthalte eine so genannte nichtsprechende Nummer, also keine Angaben zum Namen des Halters. Die auf dem Chip gespeicherten Informationen dürften nur von den zuständigen Behörden genutzt werden. Eine kommunale Registrierung der Daten sei ausreichend.

## Daten kommunal speichern

Dr. Klaus Grünewald betonte, die im Gesetzentwurf vorgesehenen Regelungen seien rechtlich zulässig und verstießen nicht gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Sie stellten auch keinen Eingriff in die grundrechtlich geschützte allgemeine Handlungsfreiheit dar.

Franz Breitsamer, Hundezüchter und ehemaliger Leiter der bayerischen Polizeihundeschule, stellte klar, die seiner schriftlichen Stellungnahme beigefügte „Beißstatistik“ zeige, dass als Hauptursache für Hundeattacken

die „Mehrhundhaltung“ verantwortlich sei. Der Gesetzentwurf berücksichtige weitgehend das Schutzbedürfnis der Bevölkerung.

Bernhard Meyer (Verband für das Deutsche Hundewesen) begrüßte zwar die Anleinplicht für Hunde an belebten Orten, gleichzeitig müsse es aber auch Ausnahme-Bereiche geben. Gegenüber der Landeshundeverordnung werde die Anleinplicht noch deutlich ausgeweitet. Sein Verband lehne Listen gefährlicher Rassen und auch die 40/20er Regelung für große Hunde ab. Das neue Landeshundegesetz werde den Verwaltungsaufwand erheblich erhöhen.

Hans-Jürgen Holler (Tierschutzverband NRW) wandte sich gegen eine generelle Anleinplicht und begrüßte eine allgemeine Kennzeichnungspflicht. Dies setze allerdings eine zentrale Erfassung der Daten voraus, um auch entlaufene Tiere wieder richtig zuordnen zu können. Derzeit säßen Hunderte von Tieren der aufgeführten Rassen in den Tierheimen. Die meisten der in Heimen untergebrachten Hunde seien auch vermittelbar.

## Heimhunde vermittelbar

Christof Marpmann (Landesjagdverband NRW) merkte an, man hatte eine Gefährhundeverordnung in NRW aus dem Jahr 1994, „die war prima“. Natürlich müsse die Bevölkerung vor gefährlichen Hunden geschützt werden, aber „die Gefahr ist am oberen Ende der Leine“. Die Regelungen im Gesetzentwurf erschwerten die Haltung brauchbarer Jagdhunde in unangemessener Weise. Die Brauchbarkeit von Jagdhunden richte sich nach den Anforderungen in den Revieren, nicht nach der Liebhaberei der Jäger.

Zum Gesetzentwurf und zur Anhörung nahmen weitere Sachverständige und Betroffene schriftlich Stellung, darunter der Kinderschutzbund und die Landesseniorenvertretung.

Thomas Grunwald



Ausschussvorsitzende Marie-Luise Fasse (CDU) leitete die Anhörung zum SPD/GRÜNE-Gesetzentwurf eines NRW-Hundegesetzes. Fotos: Schälte

## Frauengesundheit

# Erfolgskonzepte brauchen beides – Finanzausstattung und gute Führung

*Die Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ hat Anfang des Monats eine Studienfahrt nach Wien unternommen. Ziel der Reise war, die Umsetzung des Wiener Frauengesundheitsprogramms vor Ort kennen zu lernen. Die Stadt Wien hat der Frauengesundheit einen politischen Stellenwert gegeben und ein Frauengesundheitsprogramm im Wiener Gemeinderat verabschiedet. Die Enquetekommission fand hier Konzepte vorbildhaft verwirklicht, die auch für die Bewältigung ähnlich gelagerter Probleme einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in Nordrhein-Westfalen verwandt werden können. Neben verschiedenen thematischen Schwerpunktsetzungen wie Drogenarbeit und Patientenschutz ließen sich die Besucherinnen über das Grazer Modell für die gesundheitliche Versorgung von Frauen im ländlichen Bereich informieren.*

Im Herbst 1998 wurde von allen Fraktionen des Wiener Gemeinderates ein Frauengesundheitsprogramm beschlossen. Das Programm hat das Ziel Qualitätsverbesserungen aller medizinischen, psychologischen

und sozialen Dienstleistungen für Frauen zu erreichen, es soll einen Anstoß für die notwendige Forschung und Entwicklung von Projekten sowie wesentlich präventive Maßnahmen geben. Wesentliche Grundvoraussetzung im Wiener Frauengesundheitsprogramm ist, dass Gesundheit geschlechtsspezifisch gedacht wird und vordringliche Maßnahmen für die Umsetzung geplant werden. Damit wird auf den nachweisbaren physischen wie psychischen Unterschied zwischen Mann und Frau explizit Rücksicht genommen. „Denn: Gesundheit hat ein Geschlecht. Sie ist männlich oder eben weiblich.“

Nach der Vorstellung der Entwicklung sowie der gegenwärtigen Arbeit des Wiener Frauengesundheitsprogramms durch die Frauengesundheitsbeauftragte Professor Dr. Wimmer-Puchinger wurden zwei Projekte des Frauengesundheitsprogramms besucht, das Frauengesundheitszentrum FEM (Frauen-Eltern-Mädchen) in der Semmelweis-Klinik und das Frauengesundheitszentrum FEM-Süd im Kaiser-Franz-Josef-Spital. Das vor 10 Jahren gegründete Frauengesundheitszentrum FEM war europaweit das erste Modell eines direkt in einer Klinik angesiedelten Frauengesundheitszentrums, das eine Schnittstelle zwischen Klinik und kommunalem Umfeld zur Frauengesundheitsförderung bildet. Das FEM-Süd wurde vor drei Jahren gegründet.

Beide Frauengesundheitszentren setzen in ihrer Arbeit unterschiedliche Programmpunkte des Programms um. Die Prävention steht im Vordergrund. So werden zum Beispiel eine Kampagne gegen Essstörungen, ein Brustkrebsvorsorge-Programm „Die Klügere sieht nach“, ein Präventionsprogramm gegen postpartale Depressionen sowie Schulungen zur Gewaltprävention in

öffentlichen Spitälern durchgeführt. Das zweite Gesundheitszentrum, FEM-Süd legt den Schwerpunkt auf die Arbeit mit Migrantinnen und bietet frauenspezifische Aufklärung, Beratung und Psychotherapie auch in den Sprachen Serbisch, Kroatisch, Bosnisch und Türkisch an.

Wesentlich für die Realisierung des Wiener Frauengesundheitsprogramms ist die Arbeit der Frauengesundheitsbeauftragten. In enger Kooperation mit anderen Wiener Magistratsabteilungen sorgt sie für die Umsetzung des Frauengesundheitsprogramms. Die Einrichtung von Projekten der frauenspezifischen Gesundheitsversorgung in die Arbeit der Krankenhäuser war zu Beginn nicht ganz unproblematisch, da die jeweiligen Akteure erst Vertrauen zueinander finden mussten. Inzwischen tragen jedoch die Frauengesundheitszentren zur Verbesserung des Image der jeweiligen Krankenhäuser in der Stadt bei, nicht zuletzt wurde die internationale Bekanntheit der Semmelweis-Klinik auch durch das Frauengesundheitszentrum FEM mitentwickelt.

## Ergebnisse übernommen

Ein anderer Programmpunkt während des Österreichbesuchs war das Frauengesundheitszentrum Leibnitz in der Steiermark. Berichtet wurde über ein gesundheitsförderndes Projekt, das an den Bedürfnissen der Frauen, die zu Hause ihre Angehörigen pflegen, ausgerichtet war. Als Projektziel sollte die Situation pflegender Frauen sichtbar gemacht und Möglichkeiten für ihre Entlastung erprobt werden. Mit den pflegenden Angehörigen und den sozialen Diensten sollte eine nachhaltige Struktur für die häusliche Pflege im ländlichen Bereich entwickelt werden.

Diese Projektziele konnten erreicht werden, indem die Trägervereine im Bereich der mobilen pflegerischen und sozialen Dienste Angebote für und mit den pflegenden Angehörigen entwickelten und ein Entlassungsmanagement zur Koordination von stationärer und ambulanter Pflege koordinierten. Das erfolgreiche Projekt konnte jedoch aufgrund der begrenzten Finanzmittel nicht fortgeführt werden, aber die Projektergebnisse wurden von vorhandenen Trägern im Bezirk übernommen. An diesem Beispiel wurde deutlich, dass neben der Organisation einer gelingenden Projektarbeit, die personelles und organisatorisches Know-how fordert, auch für eine nachhaltige finanzielle Absicherung gesorgt werden muss. Hervorgehoben wurden die in der Aufbauphase unterstützenden internationalen Kontakte und Kooperationen, sie sorgen für notwendige Legitimation solcher neuen Programmatiken.

Die nordrhein-westfälischen Besucherinnen gewannen in Wien einen guten Einblick in die organisatorische und institutionelle Arbeit, die die Umsetzung eines politisch gewollten Frauengesundheitsprogramms mit sich bringt. Es stellte sich aber auch heraus, dass ein solches Programm Führungspersönlichkeiten braucht, die die Verantwortung für das Gelingen übernehmen. Andererseits zeigte sich, dass die enge Anbindung und Verzahnung der Frauengesundheitszentren mit den Krankenhäusern auch dazu führt, dass medizinische Sichtweisen bevorzugt propagiert werden, etwa bei der Einführung des Brustkrebs-Screenings. Alternative Ansätze bekommen auf diese Weise eher wenig Spielraum.

*Die Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in Nordrhein-Westfalen“ im Wiener Rathaus zu Besuch bei der dortigen Frauenbeauftragten.*



## Gemeindeprüfung

In zweiter Lesung hat der Landtag in Form der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kommunalpolitik (Drs. 13/2503) das Gesetz zur Errichtung einer Gemeindeprüfungsanstalt – Gesetzentwurf der Landesregierung Drs. 13/1884 – mit den Stimmen der Koalition und gegen das Votum der Opposition verabschiedet. Mit demselben Stimmenverhältnis wurde auch der Änderungsantrag von SPD und GRÜNEN (Drs. 13/2559) angenommen.

## Feuerschutz

Keinen Erfolg hatte die CDU-Fraktion mit dem von ihr vorgelegten Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistungen des Landes Nordrhein-Westfalen (Drs. 13/2146): In zweiter Lesung lehnten die Koalitionsfraktionen den Entwurf auf Empfehlung des Innenausschusses (Drs. 13/2431) ab. Auch ein Entschließungsantrag der FDP (Drs. 13/2565) fand keine Mehrheit.

## „Zwischenruf“ mit weit reichenden Folgen

Unter Leitung des Vorsitzenden Klaus Stallmann (CDU) fand am 18. April eine Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform statt, die in der Planung nicht vorgesehen war. Hintergrund: Die Landesregierung legt Wert auf eine schnelle Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften (Drs. 13/2201), weil das Amt des Präsidenten der Polizeiführungsakademie neu zu besetzen ist. Doch einer der drei kommunalen Spitzenverbände machte dem Ministerium einen Strich durch diese Rechnung.



Demonstration der Arbeitsgemeinschaften der Landes-Mieterverbände vor dem Landtag gegen bekannt gewordene Pläne, den Landesanteil an der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) zu veräußern: Im Anschluss daran nahmen weit über 120 Mieterinnen und Mieter im Landtag an der von Gisela Walsken (SPD) geleiteten Sitzung des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen teil, bei der als Tagesordnungspunkt 1 das Thema „Struktur, Aufgaben und Ziele der LEG“ behandelt wurde. Dabei nahm Minister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) Stellung zu einem von der CDU vorgelegten Fragenkatalog zu einer möglichen Veräußerung der LEG. Fazit am Ende der Beratungen: Die Fraktionen haben unterschiedliche Positionen und entschieden ist noch nichts.  
Foto: Schälte

Nach Auskunft des Innenministers Dr. Fritz Behrens (SPD) hätten sich die kommunalen Spitzenverbände mit dem Gesetzentwurf einverstanden erklärt, dennoch bestand wenige Tage vor der Sitzung der Landkreistag Nordrhein-Westfalen auf einer Korrektur im Polizeiorganisationsgesetz (Artikel 1 des Entwurfs), hilfsweise auf einer Beteiligung gemäß Anlage 9 der Geschäftsordnung des Landtags (Anhörung der Kommunalen Spitzenverbände mit einer Frist von mindestens vier Wochen). Dieser Zwischenruf des Landkreistages könnte nunmehr weit reichende Konsequenzen haben. Der Landkreistag hatte vorgeschlagen, in Artikel 1 Ziffer 3 einen Passus (§ 2 Abs. 1 Ziff. 3 des POG NRW) zu streichen, um zu verhindern, dass die Kreise verpflichtet werden, Verwaltungspersonal auch in Bereichen aus kommunalen Mitteln zu fördern, die bisher durch vom Land zu finanzierenden Verwaltungspersonal wahrgenommen wurden.

Der Innenminister bezeichnete in der Sitzung die Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes als schlichte Routineangelegenheit. Er, Behrens, bleibe bei seiner wiederholten Zusage, dem Parlament in der laufenden Legislaturperiode keinen Änderungsvorschlag zu dieser Organisation zu machen.

Die Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärte, man könne dem Vorschlag des Landkreistages folgen, „wenn sich dadurch die Gemüter beruhigen“. Für die SPD-Fraktion signalisierte auch ihr innenpolitischer Sprecher Jürgen Jentsch Zustimmung zum Vorschlag des Landkreistages, ebenso Horst Engel von der FDP. Al-

lerdings stimmten Engel und der Sprecher der CDU-Fraktion, Theo Kruse, darin überein, dass weiterer Beratungsbedarf bestehe. Es werde nicht sichtbar, welche Kreispolizeibehörden zusammengelegt werden könnten. In dieser Frage wären die Landratsbehörden und damit die Kommunalen Spitzenverbände sehr wohl betroffen. Auch der Städte- und Gemeindebund sei nach Auffassung von Theo Kruse betroffen, er beantrage daher ein Sachverständigengespräch. Nachdem hierfür keine Mehrheit zustande kam, machte er vom Minderheitenrecht der Geschäftsordnung Gebrauch und beantragte eine (öffentliche) Anhörung.

Wolfgang Fröhlecke

## Landesmediengesetz will den Weg in die digitale Zukunft öffnen

Das kommende Landesmediengesetz (LMG, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 13/2368) stand im Mittelpunkt der Sitzung des Medienausschusses unter dem Vorsitz von Claudia Neill-Paul (SPD) am 19. April. Die Ausschussmitglieder nahmen zu diesem Punkt der Tagesordnung die Berichte der Landesregierung und des Landesrechnungshofs (LRH) entgegen.

Die Regierungssprecherin und Staatssekretärin Professor Dr. Miriam Meckel betonte, einer der Schwerpunkte liege auf der Deregulierung. Im Übrigen sei Bewährtes, etwa das Zwei-Säulen-Modell im lokalen Hörfunk, übernommen worden. Ein weiteres Ziel sei, die Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger und ihre Mitwirkungsmöglichkeiten zu verbessern. Die Novelle stehe ganz in der erklärten Absicht des Ministerpräsidenten, auf dem Weg ins digitale Zeitalter „Nadelöhre zu beseitigen, Flaschenhälse zu vermeiden und Türen zu öffnen“ – und dabei die Meinungsvielfalt zu gewährleisten.

Im Bericht des Landesrechnungshofs schlug dessen Präsidentin vor, dem Landtag NRW ein Unterrichtsrecht über die Ergebnisse der LRH-Prüfungen bei LfM und WDR einzuräumen. Dieser Punkt, so Scholle, werde in dem Gesetzentwurf der Landesregierung ihrer Ansicht nach nicht ausreichend berücksichtigt. Die Fraktionen im Me-

dienausschuss und die Landesregierung waren sich jedoch darin einig, dass wegen der gebotenen Staatsferne des Rundfunks kein Einfluss auf die Verwendung der Mittel für die LfM genommen werden soll.

Dem Bericht der Regierungssprecherin schloss sich eine Debatte an. Der Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Frank Freimuth, verteidigte den Gesetzentwurf: Er setze im notwendigen Umfang staatliche Rahmenbedingungen, fahre Überregulierungen der Vergangenheit zurück und baue auf Bewährtem auf. Gut gelöst erscheine ihm die offene Gestaltung der Medienstruktur. Hier werde deutlich, dass die Regelungen nicht nur politische Interessen, sondern auch veränderte Rahmenbedingungen berücksichtigen.

Kritik äußerte Dr. Stefan Grüll (FDP), für den der Entwurf den Erwartungen nur unzureichend gerecht wird. Er bezog sich dabei auf die Äußerungen von Vertretern der Gewerkschaft ver.di. Auch bedürfen seines Erachtens die unterschiedlichen Textpassagen des Gesetzes einerseits und im Begründungsteil andererseits einer Aufklärung.

Die Regierungssprecherin antwortete zu diesen und weiteren Bemerkungen, die veröffentlichte Kritik von ver.di sei eine Meinung von vielen. Hinsichtlich der vorgesehenen Beteiligungsgrenze im Ballungsraumfernsehen sei ein höherer Anteil bei Beachtung der aktuellen Rechtsprechung

nicht möglich. Unter Hinweis auf Wirtschaftlichkeitsberechnungen räumte sie ein, dass die Rentabilität von Ballungsraumfernsehen teils kritisch gesehen werde.

Tanja Brakensiek (CDU) meldete ebenfalls Aufklärungsbedarf an. Es sei nicht deutlich geworden, welche Ballungsräume für die Veranstaltung von Ballungsraumfernsehen zu definieren sind. Klärungsbedarf gebe es auch hinsichtlich der zukünftig der Landesanstalt für Medien (LfM) eingeräumten Möglichkeit der Förderung von Bürgerrundfunk und Medienkompetenz. Ihr Fraktionskollege und medienpolitischer Sprecher Lothar Hegemann sah in dem Instrument des Ballungsraumfernsehens keinen Beitrag zur Meinungsvielfalt, sondern eher zur Sicherung eines öffentlich-rechtlichen Monopols. Seine Frage nach der Notwendigkeit, die Zahl der Mitglieder der Medienkommission drastisch zu reduzieren, ergänzte Hermann Josef Arentz (CDU) um die Sorge, dass zukünftig bisher verdiente Mitglieder dieser Kommission ausgeschlossen werden können ohne eine Regelung hierfür maßgeblicher Kriterien.

★

Der Entwurf des Landesmediengesetzes steht am 6. Mai im Mittelpunkt einer ganztägigen öffentlichen Anhörung des Medienausschusses ab 10 Uhr im Plenarsaal des Landtags.

## Europäische Ziele mit hohen Kosten für NRW

### Krippenplätze und Fremdsprachenunterricht

Europaministerin Hannelore Kraft (SPD) berichtete dem Ausschuss für Europa- und Einwelt-Politik am 15. April über die Frühjahrstagung des Europäischen Rates von Barcelona. Beim Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU (Europäischer Rat) Mitte März in Barcelona sei die „Lissabonner Strategie“ unterstrichen worden, die EU bis zum Jahr 2010 „zur dynamischsten, wettbewerbsfähigsten und nachhaltigsten Wirtschaft mit Vollbeschäftigung und stärkerer wirtschaftlicher und sozialer Kohäsion“ zu machen.

Der Europäische Rat habe für die EU-Wirtschaftspolitik das so genannte „Eckwertepapier“ des EcoFin-Rates vom 5. März genehmigt. Dieses schreibt insbesondere die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen, die Notwendigkeit weiterer Reformen auf dem Waren-, Kapital- und Arbeitsmarkt sowie die Kohärenz (Zusammenklang) mit den Einzel-Politiken fest.

Der Europäische Rat bekräftige das mittelfristige Ziel für alle Mitgliedstaaten, spätestens im Jahr 2004 einen nahezu ausgeglichenen Haushalt vorzulegen oder einen Überschuss auszuweisen.

Die Gesamtausgaben für Forschung, Entwicklung und Innovation sollten erhöht werden, so dass sie 2010 ein Niveau von nahe-

lich der Einführung einer Europäischen Krankenversicherungskarte. Darüber hinaus habe der Rat das europäische Sozialmodell unterstrichen.

Die Mitgliedstaaten seien zu beschäftigungspolitischen Maßnahmen und dazu aufgefordert worden, die Frühverrentung zu erschweren. Das tatsächliche durchschnittliche Eintrittsalter in den Ruhestand solle bis 2010 um etwa fünf Jahre erhöht werden! Der Europäische Rat mache mit dem Ziel, die Chancengleichheit der Geschlechter zu verbessern, auf EU-Ebene konkrete Zielvorgaben für Kinderbetreuungseinrichtungen. Für mehr Teilhabe der Frauen am Erwerbsleben sollten im Einklang mit den einzelstaatlichen Vorgaben bis 2010 Betreuungsplätze für mindestens 90 Prozent der Kinder zwischen drei Jahren und dem Schulpflichtalter und für mindestens ein Drittel der Kinder unter drei Jahren zur Verfügung gestellt werden.

Diese Forderung habe erhebliche Auswirkungen auf NRW, sagte Ministerin Kraft, da hier im Jahr 2010 etwa 470 000 Kinder im Alter von bis zu drei Jahren leben werden. Hier zeige sich die ganze Problematik der „offenen Koordinierung“ durch den Europäischen Rat. Auf der Basis der Bevölkerungsprognose und der heutigen Kosten pro Betreuungsplatz würde die Umsetzung dieser EU-Forderung laut Berechnungen des NRW-Familienministeriums beim Land jährlich Ausgaben von 730 Millionen Euro für Krippen verursachen. Die Kommunen müssten noch einmal denselben Betrag aufbringen.

Bei der Liberalisierung der Energiemärkte – einem strittigen Thema des Gipfels – ei-

nigten sich die Staats- und Regierungschefs auf einen Kompromiss. Für alle gewerblichen Kunden muss ab 2004 die freie Wahl des Versorgungsunternehmens für Elektrizität und Erdgas gewährleistet sein. Im Frühjahr 2003 will der Rat über weitere Maßnahmen für Privatkunden beschließen. Parallel zu der Einigung über die Öffnung der Energiemärkte wurde der Energie-Rat beauftragt, ein Einvernehmen über die Annahme einer Energiebesteuerungsrichtlinie zu erzielen, wobei den Bedürfnissen der Güterkraftverkehrsbranche Rechnung zu tragen sei.

### Energiemärkte

Der Kompromiss zur Liberalisierung der Energiemärkte sei von Frankreich nur mitgetragen worden, weil ein besonderer Absatz zur „Daseinsvorsorge“ aufgenommen worden sei. Hier beauftragte der Europäische Rat die Kommission mit der Untersuchung, wie die Grundsätze für Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse durch einen Vorschlag für eine Rahmenrichtlinie präzisiert werden könnten.

Den Rat „Verkehr“ forderte der Europäische Rat auf, die Finanzierung und Einführung des europäischen Satellitennavigationssystems GALILEO zu beschließen. Dies ist übrigens auf dem Verkehrsrat am 26. März mit der Freigabe von 450 Millionen Euro geschehen. Dadurch seien im Ausrüstungs- und Dienstleistungsbereich Investitionen von zehn Milliarden Euro pro Jahr zu erwarten, von denen auch ein Teil auf NRW entfallen könnte.

### Vernetztes Europa

Im Kommunikationsbereich habe der Europäische Rat die Kommission beauftragt, rechtzeitig vor dem Europäischen Rat in Sevilla im Juni einen umfassenden Aktionsplan „eEurope 2005“ (vernetztes Europa) aufzustellen, der die Schwerpunkte auf Breitbandnetze, das neue Internet-Protokoll IPv6, Sicherheit von Netzen und Information sowie auf e-Government, e-Learning, e-Health und e-Business lege.

Der Europäische Rat begrüßte die Einigung über die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung und legte fest, dass die Systeme bis 2010 zu einer weltweiten Qualitätsreferenz werden sollten. Dazu soll das genannte Bildungs-Arbeitsprogramm von folgenden drei Grundprinzipien getragen werden: Verbesserung der Qualität, Erleichterung des Zugangs für alle und Öffnung gegenüber der Welt.

### Zwei Fremdsprachen

Im Schulbereich sollen Grundkenntnisse durch Fremdsprachenunterricht in mindestens zwei Sprachen vom jüngsten Kindesalter an und digitale Kompetenz (generelle Einführung einer Bescheinigung über Internet- und Computer-Kenntnisse für Schüler weiterführender Schulen) gefördert werden. Weiter sollen die Mitgliedstaaten dafür Sorge tragen, dass bis Ende 2003 bei der Computer-Ausstattung in Schulen unionsweit das Verhältnis auf ein Internet-PC je fünfzehn Schüler verbessert wird.

### Entwicklungshilfe

zu drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen. Diese Neuinvestitionen sollten zu zwei Dritteln von der Privatwirtschaft finanziert werden.

Die Einigung der Außenminister auf eine Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe in den nächsten vier Jahren auf europaweit durchschnittlich 0,39 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wurde vom Europäischen Rat begrüßt. Nach OECD-Angaben (2000) werden in Deutschland für Entwicklungshilfe 0,26 Prozent des BIP und in den anderen 15 EU-Ländern 0,31 Prozent ausgegeben.

Ausdrücklich begrüßt worden seien die jüngsten Kommissionsvorschläge zur Stärkung der Arbeitnehmermobilität, einschließ-



**Ein tolles Treffen mit vielen Toren** und begeisternden Spielzügen lieferte sich die Fußballmannschaft des Landtags im schönen Stadion von Antalya mit ihren türkischen Gastgebern: 5 : 5 lautete am Ende das Ergebnis, wie es sich für ein Freundschaftsspiel gut anstelt. Die auf dem Bild noch fast leeren Ränge füllten sich nach der Aufnahme, die vor dem Anpfiff geschossen wurde. — Ein ausführlicher Bericht über Reise und Spiel folgt in der nächsten Ausgabe von „Landtag intern“.

Das junge und finanziell nicht auf Rosen gebettete Bundesland ging erst einmal daran, die umfangreichen Kriegsschäden zu beheben und die Schlösser allgemein zu restaurieren. Da waren im Lauf der ersten Jahre schon einmal fast 15 Millionen Mark weg. Die Wiederherstellung der historischen Garten- und Parkanlagen verschlang neun, die Arbeiten im Nordflügel, am Prunktreppenhause und in den Sälen kostete weitere fünf Millionen Mark in der Zeit von 1960 bis 1980. Allein bis 1988 sind rund 38 Millionen Mark in die Immobilie geflossen. Schloss Falkenlust schließlich — es wurde 1960 für knapp drei Millionen Mark vom Land angekauft — kostete bis zum Stichjahr 1988 noch einmal gut drei Millionen für Restaurierung und Bauunterhaltung. Im letzten Jahr flossen rund zwei Millionen Mark in die Sanierung von Hauptgebäude und Außenanlagen von Schloss Falkenlust. Schon droht eine neue Ausgabe: „Der Bestand an Dienstfahrrädern ist stark überaltert und muss im Laufe der nächsten Jahre durch Neubeschaffung ersetzt werden“, liest es sich im Haushalt zu Titel 81100.

So bleiben auch in diesem Jahr die beiden Schlösser für den Steuer zahlenden Bürger ein Zuschussgeschäft. Auf gut zwei Millionen Euro werden in diesem Jahr die Gesamtausgaben für Augustusburg und Falkenlust veranschlagt. Das Geld wird vom Landtag für den Haushalt des Städtebauministers bewilligt. Dort findet sich ein eigenes Kapitel 14530 „Schloss Augustusburg und Schloss Falkenlust in Brühl“. Ein Blick auf die Einnahmeseite ernüchtert: Gerade mal knapp 300 000 Euro werden durch Gebühren und tarifliche Entgelte, Mieten und Pachten, vermischte Einnahmen erlöst. Nicht zu vergessen die kleinste Position, die Erlöse aus dem Verkauf von Gartenerzeugnissen (Augustusburg unterhält eine renommierte Gärtnerei) und aus dem Holzverkauf, der auf der Parkpflege beruht. Aus kulturellen Veranstaltungen werden 18 000 Euro auf der Habenseite erwartet.

## **Der Schatz im Verborgenen oder: Wer versteckt hier ein Weltkulturerbe?**

### **Die Schlösser Augustusburg und Falkenlust werben um mehr Aufmerksamkeit**

*Das Land Nordrhein-Westfalen ist Eigentümer zahlreicher historischer Liegenschaften, eine davon liegt in Brühl und wurde 1984 von der UNESCO als einmalig erhaltenes Gesamtkunstwerk des Rokoko zum Weltkulturerbe erklärt: Die Schlösser Augustusburg und Falkenlust, beide von einem Garten und Park umgeben. Der Kölner Kurfürst Clemens August war Bauherr des für sein Treppenhause von Balthasar Neumann und sein Deckengemälde von Carlo Carlone weltberühmten Schlosses (Grundsteinlegung 1725). Über Preußen ist Augustusburg nach dem Zweiten Weltkrieg an das neu gegründete Land Nordrhein-Westfalen gefallen. Und das hat seither daran zu knapsen.*



Was anderen eine Menge Euro wert ist, für Augustusburg hat ein Abiturient aus Hürth den professionellen Internetauftritt der beiden Schlösser besorgt — ehrenamtlich. In einem zweiten Schritt soll in Kürze neben das eher populäre, auf touristische Bedürfnisse zugeschnittene Internetangebot eine zweite Ebene mit wissenschaftlichem Anspruch treten. Zurückgreifen können da Hebler und seine Leute von der Schlossverwaltung auf die Webseiten, die junge Kunstgeschichtler im Rahmen einer Weiterbildung entworfen haben. Wenn diese Seiten vollständig sind, dann bekommt der geistliche Schlosserbauer Clemens August seinen Auftritt. Er wird die Nutzer begrüßen und zu einem virtuellen Rundgang durch das Schloss einladen.

Den Ruhm dieses rheinischen Weltkulturerbes sollen auch die Konzerte und die sommerlichen Feuerwerke und Veranstaltungen in die Welt tragen, denen Augustusburg als Bühne dient. Renommee hat sich die Abonnementreihe der abendlichen Brühler Schlosskonzerte (unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Wolfgang Clement) im weltberühmten Treppenhause aufgebaut. Sie finden ab Frühjahr bis in den Herbst statt. Die Musikfestwoche ab Ende August stellt einen berühmten Komponisten in den Vordergrund. „Fest im Schloss“ schließlich nennt sich eine andere Veranstaltungsreihe, die am 31. August und 1. September abends mit dem Musikdrama Imeneo von Händel und einem „synchronen Boden-, Terrassen- und Höhenfeuerwerk“ im Schlosspark kumuliert. Als Einnahmen aus den Benutzungsgebühren für kulturelle Veranstaltungen sind bescheidene 20 000 Euro im Etat veranschlagt.

Wenn in den Brühler Schlössern viel beachtete Ausstellungen stattfinden, wie im Jahr 2000 „Der Riss im Himmel“, wo Clemens August und seine Epoche dargestellt wurden, dann finden auch 100 000 Besucher den Weg nach Brühl. Um die Relationen zu ver-

## **Staatsempfänge**

Darum werden andere Auswege gesucht. Das Team der Schlossverwaltung (41 fest angestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter mehr als die Hälfte eingesetzt bei der Pflege von Park und Garten) unter seinem Leiter Ingo Hebler nutzt alle Möglichkeiten, um neue Besucher aus Nah und Fern in die Brühler Schlösser zu locken.

Staatsempfänge in den Mauern von Augustusburg könnten für weltweite Publicity sorgen, wenn es sie noch gäbe. Aber seitdem Bundespräsident und Bundesregierung aus dem nahen Bonn ins ferne Berlin umgezogen sind, ist mit solch attraktiven Veranstaltungen kaum noch zu rechnen. Da muss Nüchternheit sein: Im Etat des Städtebauministers steht unter Einnahmen aus diplomatischen Empfängen für 2002 eine Null — resignierender Vermerk der Haushälter: „Diplomatische Empfänge sind in 2002 nicht zu erwarten.“

Weltweite Aufmerksamkeit muss also von anderswo herkommen. Der so lange erwartete Auftritt im Internet ist fertig. Klickt man irgendwo auf dem Globus die Adresse [www.schlossbruehl.de](http://www.schlossbruehl.de) an, gelangt man auf die Webseite der beiden Schlösser. Schöne Fotos und eine Kurzbeschreibung ermöglichen einen ersten Überblick. Ergänzt wird das Informationsangebot durch Anfahrtsbeschreibungen, Hinweise auf Öffnungszeiten und Eintrittspreise sowie aktuelle Termine.

## **Besucherandrang**

deutlichen: Das ist immer noch nur ein Zehntel der Massen, die jedes Jahr aus aller Welt nach Neuschwanstein strömen.

Die Brühler Schlossverwaltung sieht das Potential, aber sie ist sich auch bewusst, dass Zahlen, wie sie Neuschwanstein schreibt, nie zu realisieren sein werden. Ein bisschen mehr Unterstützung aber könnte durchaus sein, wünscht man sich im alten Schloss-Oratorium, wo die Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz haben. Hebler denkt vor allem an mehr Schilder, die auf Augustusburg aufmerksam machen. Ein solcher Hinweis wird von ihm besonders schmerzlich an der A 61 vermisst, alle Initiativen seien bisher ohne Erfolg geblieben. So rauschen die niederländischen Nachbarn, die auf dieser Bundesfernstraße Güter transportieren oder ihr Urlaubsziel im Süden ansteuern, nach wie vor an Augustusburg vorbei. Ein Juwel im Abseits?  
J. K.

*Rad fahren verboten — im Park der Brühler Schlösser gilt das im Interesse stressfreier Erholung und vor allem mit Rücksicht auf Kinder und ältere Menschen. Aber kein Verbot ohne Ausnahme: Die Parkwächter dürfen mit einem der Dienstfahrräder auf den Wegen patrouillieren, auf dem Bild ist es Michael Meister, der vor der Kulisse der Gartenfront von Schloss Augustusburg für das Foto abgestiegen ist. Foto: Schälte*

## SPD: Bis 2007 zwei von drei Grundschulen im Ganztagsbetrieb

Bis zum Jahr 2007 können in Nordrhein-Westfalen zwei von drei Grundschulen als Ganztagsgrundschulen organisiert werden. Das erklärte Fraktionsvorsitzender Edgar Moron. Er bezog sich dabei auf die Ankündigung des Bundeskanzlers, ab 2003 bis 2007 insgesamt vier Milliarden Euro für den Ausbau der Ganztagsbetreuung aus Bundesmitteln zur Verfügung stellen. Die Zusage des Kanzlers unterstütze die nordrhein-westfälische Linie und gebe Nordrhein-Westfalen zusätzlichen Schub bei der Einführung der flächendeckenden Ganztagsgrundschule. Es sei richtig gewesen, sich hier ein hohes Ziel zu stecken, bestätigte Moron den Beschluss seiner Fraktion zur schrittweisen Einführung der Ganztagsgrundschule.

Auf einer Strategiekonferenz aller NRW-SPD-Parlamentarier aus Landtag, Bundestag und Europaparlament mit dem Kanzler war die Bildungspolitik als übergeordneter Schwerpunkt bestätigt worden. In der gemeinsamen Erklärung heißt es:

„Bildung ist der Schlüssel zu Wohlstand und Teilhabe. Ohne gleiche Bildungschancen für alle, kann es keine soziale Gerechtigkeit geben. Deshalb wollen wir für Nordrhein-Westfalen das beste Schulsystem. Die dazu notwendigen Reformen werden wir nicht von oben herab verordnen, sondern im breiten Dialog mit allen an Bildung und Bildungsentscheidungen Beteiligten erarbeiten.“

Als erste Konsequenz aus der PISA-Studie werden wir die vorschulische Bildung stärken und in den schrittweisen Ausbau der Ganztagsangebote investieren. Bildung ist das wichtigste Kapital für die Zukunft. Bund und Land werden die Weichen so stellen, dass alle wieder mehr Chancen auf eine umfassende Qualifikation und ein lebensbegleitendes Lernen bekommen.

Unser gemeinsames Ziel lautet: Wir werden bei uns in Nordrhein-Westfalen ein flächendeckendes Angebot an Ganztagsgrundschulen errichten. Die Anstrengungen des Bundes, des Landes und der Kommunen müssen auf die Verbesserung der Bildungsangebote ausgerichtet werden.“

## CDU-Landtagsfraktion: Das Sterben wieder ins Leben holen

Zum Thema der Fachtagung „Das Sterben wieder ins Leben holen“ waren auf Einladung von Regina van Dinther, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, über 400 ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeiter von Hospizdiensten nach Düsseldorf gekommen. Auf der hochkarätig besetzten Rednerliste standen unter anderem Dr. Josef Voss, Weihbischof im Bistum Münster, Nikolaus Schneider, Vizepräsident der Evangelischen Kirche im Rheinland, und Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB. Die ehemalige Bundestagspräsidentin stellte fest, dass es in Deutschland „erhebliche Defizite“ bei der Versorgung Schwerkranker und Sterben-

der gebe. Auch der Hospizgedanke sei in Deutschland noch nicht breit genug ins gesellschaftliche Blickfeld gerückt. Die neue Enquetekommission des Landtages zur „Situation und Zukunft der Pflege in NRW“ soll prüfen, wie die Pflege von Schwerkranken und Sterbenden verbessert werden kann. Das kündigte CDU-Landes- und Fraktionschef Jürgen Rüttgers auf der Fachtagung an. Er lehnte eine gesetzliche Zulassung der Euthanasie ab. Stattdessen müssten die ambulanten und stationären Hospizdienste und die Palliativmedizin ausgebaut werden.

„Wir müssen die Bedingungen für einen

würdevollen Abschied vom Leben schaffen“, betonte Rüttgers und mahnte, dass es angesichts einer zunehmenden Zahl von Single-Haushalten immer unwahrscheinlicher werde, „dass die Menschen in Zukunft im Kreise ihrer Familien sterben können“. Die Politik müsse sich dieser Herausforderung stellen. Jürgen Rüttgers hob ausdrücklich das Engagement der Hospizbewegung hervor, der es zu verdanken sei, „dass wir heute einen Weg kennen, der ein menschenwürdiges Sterben ermöglicht. Die Hospizbewegung hat wesentlich dazu beigetragen, Sterbebegleitung als Lebensbegleitung zu begreifen.“

## FDP: Neuerliche Kürzung beim Landesstraßenbau ist Sparen an der falschen Stelle

Mit Sorge und Unverständnis hat der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Christof Rasche, die neuerliche Kürzung des Landeshaushalts 2002 für die Landesstraßen in Höhe von elf Millionen Euro zur Kenntnis genommen, die Landesverkehrsminister Ernst Schwanhold jetzt bekannt gegeben hat.

„Diese im Rahmen der globalen Minderausgabe beschlossene Kürzung von fast zehn Prozent der Haushaltsmittel 2002 für Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen, für den Um- und Ausbau von Landesstraßen und für Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans ist nicht hinnehmbar, wenn man bedenkt, dass es sich

ja um eine zusätzliche Mittelkürzung handelt“, so Rasche. Schließlich seien die entsprechenden Haushaltsansätze bereits im Rahmen der allgemeinen Haushaltsberatungen 2002 um rund 3,9 Millionen Euro gekürzt worden. Rasche ist sich sicher, dass diese neuerliche Kürzung dazu führen wird, dass notwendige Ortsumgehungen vorerst nicht gebaut werden, sanierungsbedürftige Straßenstrecken und Brücken schon jetzt für bestimmte Lkw-Verkehre gesperrt werden müssen und die zukünftigen Folgekosten unterbliebener Straßensanierungen sich verdoppeln und verdreifachen.

Nach Rasches Auffassung behandelt die

rot-grüne Koalition in NRW den Straßenbau nach wie vor als Sparstrumpf des Landes. Und das, obwohl es sich beim Straßenbau um reale Investitionen der öffentlichen Hand handelt, an denen es in NRW ohnehin mangelt. „Wenn man die heutigen Ausgaben des Landes für den Straßenbau mit den Ausgaben der achtziger Jahre vergleicht, muss man leider feststellen, dass die Aufwendungen heute nur noch die Hälfte des Niveaus der achtziger Jahre erreichen“, moniert Rasche.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

## GRÜNE unterstützen Mädchen bei ihrer Berufswahl

Am 25. April 2002 fand zum zweiten Mal in Deutschland die bundesweite Kampagne „Girl's Day“ zur Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen statt. Ziel der größten Mädchenveranstaltung des Jahres ist es, das Interesse junger Frauen an technischen und naturwissenschaftlichen Ausbildungen und Studiengängen zu steigern.

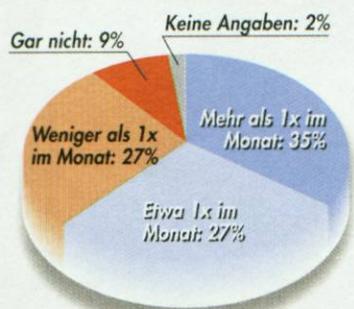
Mädchen entscheiden sich bis heute überdurchschnittlich oft für typisch weibliche Berufsfelder und Studiengänge, obwohl 55,7 % der Abiturienten weiblich sind. Damit schöpfen sie ihre Berufsmöglichkeiten nicht voll aus.

Die GRÜNEN möchten derzeit einen „Töchtertag“ auf Landesebene einführen und knüpfen damit an eine Idee aus USA, wo bereits seit 10 Jahren ein „Take-our-daughters-to-work-day“ stattfindet. In einem Antrag zum Thema „Junge Frauen in Berufe mit Zukunft“ soll die Landesregierung aufgefordert werden, eine Kampagne für einen NRW-weiten Töchtertag zu starten. In diesem Rahmen soll Schülerinnen eine Gelegenheit geboten werden, einen spannenden Arbeitsplatz ihrer Wahl kennen zu lernen. Deshalb sind Orientierung und Erprobungsphasen für junge Frauen wichtig,

dürfen aber nicht erst stattfinden, wenn die Frauen der Konkurrenz auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ausgesetzt sind. Bei den GRÜNEN können bereits schon jetzt Mädchen hinter die Kulissen schauen und erfahren: „Wie werde ich Abgeordnete, Staatssekretärin oder Ministerin, sprich Politikerin?“ Die GRÜNE Fraktion kann hier mit gutem Beispiel vorangehen: Von sechzehn Abgeordneten sind neun Frauen. Vertiefen können junge Frauen ihre Eindrücke im erfolgreichen Mentorinnenprojekt auf Bundes- und Landesebene. Dieses Projekt bietet Mädchen und Frauen einen intensiven Einblick in die Politik.

## Gute Noten für Zusammenarbeit

Im Januar diesen Jahres hat das Innenministerium Abgeordnete sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtags Nordrhein-Westfalen befragt. Ziel: Die Zusammenarbeit soll in Zukunft weiter optimiert werden. Die Ergebnisse sind nach Mitteilung des Ministeriums überraschend positiv. Generell ist die Zufriedenheit mit der Zusammenarbeit sehr hoch. Die Arbeit des Innenministeriums wird als fachlich fundiert, termingerecht und überparteilich empfunden. Dabei führen persönliche Kontakte zu einer höheren Zufriedenheit als beispielsweise Kontakte über E-Mail. Insbesondere die jüngere Altersgruppe unter 50 Jahre ist mit diesem Medium eher unzufrieden. Aus den Ergebnissen ergeben sich konkrete Bereiche für Verbesserungen. Vordringlich sind hier zum Beispiel die Optimierung des Einsatzes elektronischer Medien, wie E-Mail oder Internet, und die Verbesserung der Information über Zuständigkeiten im Innenministerium. Die genauen Ergebnisse sind im Internet unter [www.im.nrw.de/moderne-verwaltung](http://www.im.nrw.de/moderne-verwaltung) abzurufen oder beim Innenministerium NRW, Prozessmanagement Verwaltungsmo- dernisierung, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf zu bestellen.



Die Grafik zeigt die Häufigkeit der Kontakte von Landtagsabgeordneten und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung mit dem Innenministerium: Fast zwei Drittel aller Befragten stehen mindestens einmal mit dem Ministerium in Kontakt.

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.  
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
 Postfach 101143, 40002 Düsseldorf  
 Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon (02 11) 8 84 23 03, 8 84 23 04, 8 84 25 45 und 8 84 23 09, FAX 8 84 30 22  
 Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.  
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
 Herstellung und Versand: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26  
 ISSN 0934-9154  
 Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche



Cornelia Tausch (SPD)

Wuppertal, die Stadt mag für viele im Lande nicht zu den Schönen und Aufregenden zählen. Cornelia Tausch jedoch, die aus Paderborn stammt und eine zugezogene Wuppertalerin ist, empfindet ihre Stadt, ihren Lebensmittelpunkt, als einen – so wörtlich – spannenden Ort. Die junge Frau Tausch würdigt die Kulturszene Wuppertals, die reiche Historie, was Industrie und Arbeitnehmerbewegung in der Kommune angeht. Die SPD-Abgeordnete war als studierte und diplomierte Paderborner Volkswirtin wissenschaftliche Assistentin in Wuppertal. Die Eltern leben noch in der Bischofsstadt.

Als Cornelia Tausch wenige Tage vor Heiligabend 1999 auf dem Weg zu Vater und Mutter war, klingelte ihr Handy: „Hier ist Johannes Rau.“ Ein Anruf also vom Bundespräsidenten, dem immer noch prominentesten Wuppertaler. Da Cornelia Tausch im Mai 2000 in Raus Wahlkreis (der Zuschnitt war leicht verändert worden) kandidieren würde, lud das Staatsoberhaupt die überraschte Parteifreundin zu sich nach Hause ein. Rau schöpfte aus langer Erfahrung und profunder Wuppertal-Kennntnis, und Frau Tausch sog alles auf wie ein Schwamm.

### Flexibilität

Nun sitzt die Sozialdemokratin, die nie mit Rau in einem Wuppertaler Gasthaus Skat gespielt hat, ihn auch eher beim Doppelkopf hätte herausfordern könnte, frisch und frohgemut im Landesparlament und freut sich darüber, dass sie den Sprung von der Wissenschaft in die aktive Politik gewagt hat. Ein Leben lang muss das nicht so bleiben. Flexibilität gehört allem Anschein nach zu ihren wichtigen Persönlichkeits-Merkmalen. Bezeichnend dafür ist der Studienaufenthalt an einer US-Uni in Minnesota vor elf Jahren sowie die ausgeprägte Reiselust, von der sie gepackt ist. Die 1966 geborene Frau ist ein hellwaches Kind ihrer Zeit. Sie benutzt ganz selbstverständlich diverse High-Tech-Hilfsmittel für Büroorganisation oder beruflich-private Terminplanung. Sie ist begierig, neue Länder und Menschen kennen zu lernen. Außerdem hält sie sich für eine Leseratte, wobei sie hierzu das Buch jedem Notebook-Text vorzieht. Krimis von Donna Leon oder Henning Mankell sind ihr besonders lieb. Cornelia Tausch sagt, sie sei eine eher faule Schülerin am katholischen Mädchengymnasium zu Paderborn gewesen. Letztlich habe aber immer alles gut geklappt. So spricht jemand, der offenkundig mit geistigen Gaben gut versorgt ist. Den Eltern war ehrenamtliches Engagement in

der Pfarrgemeinde, der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung oder im Betriebsrat selbstverständlich. Als sich Tochter Cornelia in der studentischen Hochschularbeit betätigte, Asta-Vorsitzende in Paderborn wurde und später, 1988, in die SPD eintrat, war zu Hause niemand verwundert. Bei Tauschs tat man traditionell mehr, als allein den Pflichten des Tages zu gehorchen. Cornelia Tausch hat einen drei Jahre jüngeren Bruder, der Ingenieur ist. Ein Cousin von ihr macht bei der CDU mit, sie spricht von „der falschen Partei“.

Bevor sie sich für die SPD entschieden habe, seien auch die GRÜNEN, niemals jedoch FDP oder CDU in Frage gekommen. Frau Tausch bezeichnet sich zwar als Linke, was politische Ziele wie soziale Gerechtigkeit und Bildungschancen für alle betrifft. Unter links versteht sie nicht den Gesinnungsbeton vergangener Jahrzehnte. Sie umreißt ihr Verständnis einer ordentlichen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik so: Neues ermöglichen, Selbständigkeit stärken, die Menschen fordern, aber auch sozial absichern. Flexibilität sei wichtig, aber Flexibilität im Arbeitsleben ohne soziale Sicherheit verhindere eine vernünftige Entwicklung.

So sehr sie die USA faszinieren, so wenig ist ihr je der Gedanken an einen Daueraufenthalt in der Neuen Welt gekommen. Sie ist zu sehr soziale Demokratin europäischen Schlages, als dass sie die sozialpolitisch lockeren Sitten auf der anderen Seite des Atlantiks guthießen könnte. Als Volkswirtin, die einst mit dem Gedanken gespielt hat, Biologin zu werden, befuhrwortete sie die neue Währung Euro: „Ein spannendes Projekt.“ Der Euro mache die einzelnen Volkswirtschaften wenig angreifbar, zu schweigen von den Umtausch-Kosteneinsparungen.

Bei der Frage nach Freizeitbetätigungen pflegen Vielbeschäftigte ihre Antwort mit „Wenn es die Zeit erlaubt“ einzuleiten. Cornelia Tausch macht da keine Ausnahme. Also: Wenn es ihre Zeit gestattet, fährt sie gerne auf Inline-Skatern umher, bei Winterwetter auch in Hallen. Reinhold Michels

### Ausstellung im Landtag:

Vor etwa 30 Jahren schlug die Geburtsstunde der Euregios. Mit einem neuen Selbstverständnis als europäische Region haben die Menschen der deutschen, niederländischen und belgischen Grenzgebiete begonnen, Chancen zu entwickeln und Grenzen zu überwinden.

Die Ausstellung „Menschen in der Euregio“ zeigt die Arbeit der Euregios, präsentiert Erfolge und Probleme gleichermaßen. Sie wird vom 29. April bis 10. Mai in der Wandelhalle des Landtags gezeigt. Eingebunden ist die Ausstellung in ein Symposium am 7. Mai, das sich ab 14 Uhr im Plenarsaal in verschiedenen Gesprächsrunden mit Fragestellungen zum Thema Euregio befasst.

## Zur Person

### Geburtstagsliste

vom 2. Mai bis 15. Mai 2002

- 2.5. **Dr. Jana Pavlik** (FDP), 55 J.
- 5.5. **Hardy Fuß** (SPD), 47 J.
- 6.5. **Antonius Rüsenberg** (CDU), 59 J.
- 7.5. **Dr. Hans Kraft** (SPD), 55 J.
- 7.5. **Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP), 54 J.
- 9.5. **Michael-Ezzo Solf** (CDU), 56 J.
- 9.5. **Marie-Theres Kastner** (CDU), 52 J.
- 11.5. **Ursula Bolte** (SPD), 58 J.
- 11.5. **Friedhelm Lenz** (SPD), 57 J.
- 12.5. **Friedhelm Ortgies** (CDU), 52 J.
- 15.5. **Regina van Dinther** (CDU), 44 J.

★

**Siegfried Ambrosius** (Duisburg), **Renate Dyck** (Nettetal), **Peter Zwilling** (Wülfrath), **Alfons Kranz** (Korschenbroich), **Burkard Ungricht** (Mönchengladbach), **Dr. Ottmar Franz** (Mülheim) und **Heinz Winterwerber** (Düsseldorf) sind vom Landtag als Vertrauensleute für den Wahlausschuss beim Finanzgericht Düsseldorf gewählt worden. Für das Finanzgericht Münster wurden als Vertrauensleute gewählt **Veronika Nolte** (Rheine), **Volker Meier** (Dortmund), **Udo Golabeck** (Lemgo), **Dr. Reinhard Meyer** (Bentrop (Bielefeld)), **Agnete Geißdörfer** (Münster), **Thomas Gemke** (Balve) und **Hans Varnhagen** (Münster). Die Amtszeit der Vertrauensleute beträgt vier Jahre. Die Wahlausschüsse haben die Aufgabe, die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei den Finanzgerichten zu wählen.

★

**Jamal Karsli** (bisher GRÜNE) hat seinen Austritt aus Partei und Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt und ist in die FDP eingetreten. Als Grund für diesen Schritt nannte der Abgeordnete die Haltung der GRÜNEN im Nahost-Konflikt, die er nicht länger mittragen könne.

★

**Brigitte Herrmann** (GRÜNE) ist vom Landtag auf Vorschlag ihrer Fraktion zur Schriftführerin im Präsidium des Landesparlaments gewählt worden. Sie tritt die Nachfolge von Jamal Karsli an, der im Zusammenhang mit seinem Fraktionswechsel zur FDP dieses Amt niedergelegt hatte.

★

**Klaus Pielert**, vielen Lesern von „Landtag intern“ als Kommentator der Zeitgeschichte mit dem Zeichenstift bekannt, hat aus Anlass seines 80. Geburtstags im Bonner Haus der Geschichte eine Auswahl von Werken aus seiner spitzen Feder gezeigt. Die Ausstellung stand unter dem Thema „Pielerts Panorama: Karikaturen von Adenauer bis Schröder“. Der in Essen geborene Karikaturist hat seinen Nachlass von vielen Tausend Zeichnungen dem Bonner Museum vermacht. Die Zeichnung von Heiko Sakurai (unten) war eine Würdigung Pielerts in der WAZ, die viele seiner Karikaturen veröffentlicht hat.



Zeichner Pielert wird 80

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



**Zum Tag des Baumes 2002** haben Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) und Umweltministerin Bärbel Höhn (2. v. r.) zum Spaten gegriffen. Assiiert von Gerd Wendzinski (r.) von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und der Vertreterin des „Kuratoriums Baum des Jahres“, der Künstlerin Eleonore Heine-Jündl (4. v. r.), haben sie am Rande des Landtagsgebäudes zwischen Rhein und Fernsehturm einen Wacholder gepflanzt. Schmidt erinnerte bei der Aktion an die Bedeutung dieser aus Amerika stammenden Idee, einmal im Jahr einen Baum zu pflanzen: „Wir brauchen Bäume, um gesünder atmen und leben zu können.“ Da es den Tag des Baumes seit 50 Jahren gibt, sah Umweltministerin Bärbel Höhn besonderen Anlass zur Freude: Sie wird nämlich in diesem Jahr 50 Jahre alt. Mit auf dem Bild sind die beiden agrarpolitischen Sprecher von SPD, Irmgard Schmid (2. v. l.), und CDU, Eckhard Uhlenberg (3. v. r.) Foto: Schälte

## Juniperus – die Zypresse des Nordens

Der Wacholder, lateinisch *juniperus communis*, ist das auf der Erde am weitesten verbreitete Nadelgehölz. Die „Zypresse des Nordens“, wie er auch genannt wird, ist in unseren Breiten relativ selten. Er wächst sehr langsam und kann 500 bis 2000 Jahre alt werden.

Er wächst besonders gern da, wo der Boden trocken und sandig ist, auf kargen Böden, etwa in Heidegebieten, entwickelt er seinen charakteristischen zypressenartigen Wuchs. Wegen seines hohen Lichtbedarfs braucht er viel Sonne. Sein weitgehend gegen Insektenbefall gefeites Holz ist gut für

Schnitz- und Drechselarbeiten geeignet. In der Heilkunde genießen die Beerenzapfen einen guten Ruf: Sie wirken bei innerlicher Anwendung magenstärkend, blutreinigend und harntreibend; außerdem verstärken sie die Durchblutung. Diese Heilwirkung wird gern auch auf das Destillationsprodukt, den Wacholderschnaps, übertragen. Früher sollte ein Trank aus den Beeren in die Zukunft blicken lassen. Im Volksglauben wird der einsam stehende Wacholder als Hüter an der Schwelle vom Leben zum Tod angesehen; darum wird Wacholder auch heute noch viel an Grabstätten gepflanzt.